

Der Tabak-Arbeiter

Organ der Tabakarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands

Der Tabak-Arbeiter erscheint wöchentlich jeden Sonnabend und ist durch alle Postanstalten zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt 1.50 Mark für das Vierteljahr ohne Bringerlohn.

Inserte müssen bis Montag mittag in unserer Expedition aufgegeben sein. Der Anzeigenpreis beträgt 35 Pfg. für die 6 gespaltene Zeile. Der Betrag ist im voraus zu entrichten.

Nr 5

Sonntag den 1. Februar

1914

Tuberkulose und Bundesrat.

Was, was einer fortschrittlichen Entwicklung die Bahn freimachen könnte, findet seinen Gegner im deutschen Bundesrat. Hat der Reichstag einmal eine Umwandlung, alten überkommenen Zuständen ein Ende zu machen, faßt er den Mut der eigenen Entschliebung und beschließt selbst ein zeitgemäßes Gesetz oder ersucht den Bundesrat, einen entsprechenden Gesetzentwurf dem Reichstag zu unterbreiten, so kann er in 99 von 100 Fällen sicher sein, daß seine Entschliebungen in den Papierkorb des Bundesrats fliegen.

So ist es auch dem Beschlusse des Reichstages ergangen, der eine Schaffung einheitlicher, durch Reichsgesetzgebung zu erlassenden Maßnahmen gegen die Tuberkulose verlangte. Der Bundesrat hält es für unnötig, ein Reichsgesetz zur Bekämpfung der Tuberkulose zu schaffen, weil zur Bekämpfung die Vorschriften der einzelnen Bundesstaaten ausreichen.

Mehr kann die Volksgesundheit kaum vernachlässigt werden, als durch diese Bundesratsentscheidung, die alles gehen läßt, wie es geht, denn gerade gegen die ungenügende Bekämpfung der Tuberkulose trotz der bundesstaatlichen Vorschriften richtet sich der Beschluß des Reichstages. Von den verschiedensten Seiten werden große Anstrengungen gemacht, der mörderischen Krankheit engere Grenzen zu ziehen. Besorgende Kreise fürchten die Ansteckung und wenden darum der Bekämpfung der Tuberkulose lebhaftes Interesse zu. Die arbeitenden Klassen, in denen die Krankheit ihre Massenopfer sucht, kämpfen verzweifelt gegen sie an. Ärzte spannen ihren Forschungsgeist an, den heimtückischen Többringer zu bannen. Pflegerstätten werden für die Kranken organisiert, um sie von den Gesunden fernzuhalten, die Ansteckung zu verringern und den Befallenen womöglich zur Gesundung zu verhelfen, kurz, die Gefahr ist allseitig erkannt und es müßte jede Gelegenheit, die zu ihrer Bekämpfung dient, ergriffen werden. Aber der Bundesrat hält die Gefahr nicht so groß, daß man den Kampf gegen sie rationell, einheitlich führen müßte, er läßt es bei dem alten Schlenbrian.

Ob er die Kosten für das Reich fürchtet? Wichtig ist, daß das Reich, wenn es selbst ein Gesetz erläßt, mehr Mittel als bisher auswerfen müßte, um die Wirksamkeit seiner gesetzlichen Maßnahmen zu fördern. Aber das Gesetz würde doch Maßnahmen vorschreiben, die mehr b u n d e s t a t l i c h e und k o m m u n a l e Mittel erfordern, andererseits die Hauptlast den Versicherungsanstalten zu wiefe, wo sie auch jetzt aufgebracht werden muß. Also, das könnte kein Grund zur Ablehnung des Reichstagsbeschlusses sein.

Oder sind es Kompetenzbedenken, die zur Ablehnung führten? Nun, auch die wären hinfällig. Denn nach der Reichsverfassung ist das Reich in derartigen Fragen zuständig, der Artikel 4 unterstellt „Maßregeln der Medizin- und Veterinärpolizei“ der Beaufsichtigung des Reichs und seiner Gesetzgebung.

Wir gehen wohl nicht fehl, wenn wir annehmen, daß den Bundesrat tiefer liegende, eben unausgesprochene Gründe zu seiner Ablehnung veranlaßten. Er fürchtet die Konsequenzen, die ein gutes Gesetz zur Bekämpfung der Tuberkulose für den Arbeiterschutzhaben müßte. Im Reichstage würde schon dafür gesorgt werden, daß die Ursachen der Tuberkulose nach allen Seiten klargelegt würden. Dabei müßte die Schilderung der Lage der arbeitenden Klassen allem voran stehen: Unterernährung, Ueberanstrengung der Arbeitskraft, schlechte Arbeitsverhältnisse, Fabrikdunst und ungesunde Wohnung sind Hauptursachen für die starke Verbreitung der Tuberkulose und verstärken die Gefahr der Ansteckung. Um diese Uebel zu beseitigen, bedarf es höherer Löhne, kürzerer Arbeitszeit, Schutz gegen Gefahren in der Arbeitsstätte usw. Man sieht, daß wirklicher, guter Arbeiterschutzes die Voraussetzung aller Maßnahmen zur Bekämpfung der Tuberkulose sein muß. Bei den Tabakarbeitern kommt noch hinzu ein Verbot der Heimarbeit, die geradezu ein Hauptherd zur Züchtung der Tuberkulose ist.

In den Einzellandtagen wird die Arbeiterschutzesfrage, die durch Reichsgesetze gelöst werden soll, nur beratungsweise gestreift. Einzellandtagliche Vorschriften zur Bekämpfung der Tuberkulose werden also ohne Rücksicht auf die traurige Lage der Arbeiter erlassen und müssen daher unwirksam sein. Diese Tatsache ist nicht zu übersehen, sie muß dem Bundesrat bekannt sein. Und sie ist es, ja, sie ist es gerade, die den Bundesrat veranlaßt, den obenbezeichneten Konsequenzen eines Reichsgesetzes gegen die Tuberkulose aus dem Wege zu gehen. Daher spiederte er den Beschluß des Reichstages in den Papierkorb.

Wie notwendig es aber ist, durch Reichsgesetze einzugreifen und ungenügende Vorschriften der Einzelland-

zu beseitigen, das zeigt eine Nachricht, nach der die Kranken der heftigen Lungenheilstätte bei dem Dorfe Winterkosten diese Anstalt samt und sonders wegen schlechter Behandlung verlassen haben. Das ist nur ein Fall, in andern Bundesstaaten sind ähnliche oder andere gleich üble Fälle vorgekommen, wo über Verpflegung und Behandlung der Kranken geklagt wurde. Nun kam zwar auch unter einem Reichsgesetz manches vorkommen, das nicht zur Bekämpfung der Tuberkulose wirkt, eine einheitliche Gesetzgebung ermöglcht jedoch schnelleres und leichteres Eingreifen, wie sie auch vor allem mit alten Uebelständen aufräumen müßte. Ohne Zweifel müßte ein gutes Reichsgesetz auch eine günstige Wirkung auf die Verzeugsfrage haben. Man sieht, wie weit ein Reichsgesetz greifen und einwirken würde, aber gerade deshalb muß es her. Es muß mit dem alten Schlenbrian ebenso aufgeräumt werden, wie mit den von Menschlichkeit und Mitleid überfließenden Phrasen, die vielfach nur gebredelt werden, um den Schlenbrian nicht zu beseitigen.

Der Bundesrat hat mit der Nichtachtung des Reichstagsbeschlusses etwas getan, das jeden echten Menschenfreund zum Widerspruch reizen muß, wir hoffen daher, daß dieser Widerspruch im Reichstage starken Widerhall finden wird.

Illusionen der Trustgegner.

Die Süddeutsche Tabakzeitung läßt sich von Berlin schreiben, es stehe mit Sicherheit zu erwarten, daß das Reichsamt des Innern den Wünschen des Reichstags nachgebe und eine Enquete über den Stand der Beziehungen des englisch-amerikanischen Tabaktrusts zur deutschen Zigarettenindustrie, unter Veranzüchtung von Sachverständigen in die Wege leite.

Wünsche des Reichstags liegen in Form von Beschlüssen irgendwelcher Art nicht vor, und weil es solche Beschlüsse nicht gibt, kann auch keine darauf bezügliche Entschliebung des Reichsamts des Innern erfolgt sein. Aber es ist seinerzeit von einem Mitglied des Reichstags eine „keine Anfrage“ an die Regierung gerichtet worden, ob sie in der Angelegenheit des Tabaktrustkampfs etwas zu tun gedenke. Darauf wurde dem Anfrager, der seinen Wunsch, aber nicht Wünsche des Reichstags ansprach, eine Antwort zuteil, aus der hervorging, was sich jetzt die Süddeutsche Tabakzeitung als nagelneue Meldung aufhängen läßt.

Diese Nachricht bestätigt nur, was wir bereits bei Besprechung der Angelegenheit sagten, nämlich, daß auf diesem Wege eine Verschleppung wirklicher Aktionen gegen den Trust — wenn solche überhaupt je von der Regierung beabsichtigt werden — am leichtesten möglich sei und auch erfolgen werde. Da übrigens die Enquete erst „mit Sicherheit zu erwarten“ steht, werden die „in die Wege leitenden“ Schritte noch nicht weit vorwärts gekommen sein. Das scheint man auch in den Kreisen der Trustgegner anzunehmen, denn die Süddeutsche Tabakzeitung glaubt folgende Mahnung an die Regierung richten zu sollen:

„Jedoch wird von allen beteiligten Kreisen eine Beschleunigung der amtlichen Untersuchung über die Trustfrage für sehr dringlich gehalten, will man dem weiteren Umsichgreifen der Vertrustung der deutschen Tabakindustrie ein energisches Ziel setzen.“

Dann sagt das Blatt weiter, zwei wirtschaftliche Schutzverbände hätten schon einige günstige Erfolge zu verzeichnen, aber immerhin sei der Stand der Vertrustung der Zigarettenindustrie ein solcher, daß weitere umfangreiche Maßnahmen unbedingt erforderlich seien. Was es aber unter umfangreichen Maßnahmen versteht, das verbißt es in einem Wortschwall, der den Trustmaguaten die ganze Schwäche der Antitrustler verrät. Es heißt da:

„Man hofft in allen beteiligten Kreisen, daß mit der Enquete der Reichsregierung die Bekämpfung des Trusts in eine Entwicklungspforte tritt, die womöglich zu einem gesetzlichen Vorgehen führt, was natürlich im Interesse der beteiligten Industrie und der deutschen Volkswirtschaft mit Freunden zu begrüßen wäre.“

Danach scheint jetzt das Blatt selbst Zweifel zu haben, daß je ein gesetzgeberisches Vorgehen gegen den Tabaktrust in Deutschland versucht werden könnte, denn mit dem Worte „womöglich“ setzt es ja dieses gesetzgeberische Vorgehen selbst in Parantese. Doch sei dem wie ihm wolle — für ein gesetzliches Vorgehen müssen Grundlagen vorhanden sein. Sie zu beschaffen, haben die Antitrustler der Regierung zugesprochen, und diese eilt sich, wie man sieht, keineswegs, so daß man sie mit solchen wichtigen Meldungen aus Berlin glaubt drängen zu müssen.

Wer weiß, wann die Enquete kommt; wer weiß, wie lange sie hingschleppt wird; wer weiß, ob sie eine Denkschrift zeitigt; wer weiß, ob diese eine gesetzgeberische Unterlage bietet; wer weiß, ob dann ein Gesetzentwurf oder gar ein Gesetz kommt. Und wenn es käme — ob's hilft? Wir glauben nicht, wie wir schon früher darlegten. Aber — „Eile tut not!“

Raum war Vorstehendes geschrieben, da ging die Meldung durch die Presse, bei der Zigarettenfabrik Zasmaki, A.-G., sowie bei über 20 anderen Firmen hätten Haus-suchungen stattgefunden. Das Vorgehen der Gerichtsbehörden stütze sich auf § 128 des Strafgesetzbuches. Es sollten Machenschaften und Verzweigungen des englisch-amerikanischen Tabaktrusts aufgedeckt werden.

Der Wunsch, eiligst gegen den Trust vorzugehen, hätte sich also schnell erfüllt. Nun wäre es verkehrt, zu glauben, daß damit das Ende des Trusts besiegelt sei, einerlei, was das Ergebnis der Haus-suchung sein mag. Stützt sie sich auf den § 128 des Strafgesetzbuches, so sei hierzu erläuternd gesagt, daß dieser Paragraph dem siebenten Abschnitt des Strafgesetzbuches eingegliedert ist, der die Ueberschreitung der öffentlichen Ordnung, und daß der Paragraph von Geheimbündelei handelt. Ob ein Prozeß wegen Geheimbündelei gegen den Trust eingeleitet wird, bleibt abzuwarten. Die Frage, wie er anzugehen würde, scheiden wir ebenfalls aus, obgleich wir die geriebene Geschäftsmacher des Trusts nicht für so beschränkt halten, auf diesen beherrschbaren Paragraphen des Strafgesetzbuches hineinzufallen. Die Trustjuristen sind sicher nicht weniger gerieben, wie die der Trustgegner.

Jedenfalls aber drückte sich ein derartiger Prozeß in die Länge ziehen. Damit wahrscheinlich auch die Enquete über den Trust. Von diesem Gesichtspunkt aus betrachtet fiele es der Regierung nicht schwer, den drängenden Trustgegnern Geduld zu predigen, bis der Prozeß beendet wäre. Wie sie diese Situation ausnützen will, erfahren wir hoffentlich bald, d. h. wenn sie sich zwecks einer Erklärung solcher „Eile“ befreizigt, wie die Gerichte. —

Unserm Schlußsatz im ersten Teil dieser Darstellung: „Eile tut not!“ müssen wir nunmehr im Interesse und zur Beachtung der Trustgegner den Zusatz geben: **F a ß t e u c h i n G e d u l d !**

Noch einen Tropfen müssen wir in den Vermuthbecher der Trustgegner fallen lassen. Alle Tage eine neue Meldung. Jetzt heißt es, die Haus-suchungen bei den Dresdener Zigarettenfirmen hätten auch den Zweck, der Regierung Material für den Plan eines Zigaretten-Monopols zuzuführen. Sollte das wirklich der Fall sein, dann hätte die Agitation gegen den englisch-amerikanischen Tabaktrust Folgen, welche die Trustgegner nicht vorausgesehen, freilich auch wohl nicht gewollt haben. Aber die Sache wird immer brenzlicher.

Reichstagsbrief.

Wenn der Etat des Reichsamts des Innern im Reichstag zur Beratung steht, dann müssen die wirtschafts- und sozialpolitischen Maßnahmen der Regierung Revue passieren. Dann tritt die Interessenpolitik aller Klassen in Erscheinung. Dabei scheiden sich die Geister — die Klüft zwischen den Besitzenden, herrschenden und den nichtbesitzenden, arbeitenden Klassen gähnt unüberbrückbar in den Reden, die von beiden Seiten zu dem Thema gehalten werden. Seit die Sozialdemokratie, immer stärker anschwellend, im Interesse der Arbeiter Schutzgesetze gegen die gierige kapitalistische Ausbeutung verlangt, nimmt die Sozialpolitik einen breiteren Raum bei diesen Debatten ein.

Die sozialdemokratischen Reden zwingen die bürgerlichen Parteien zu dem Bekenntnis, auch sie seien den Arbeitern freundlich gesinnt. Allein ihre Verteidigung der bürgerlichen Wirtschaft hindert sie, Schutzgesetze gegen das Ausbeutertum zu schaffen. Und so bleibt ihre Sozialpolitik nur ein Stück politischer Heuchelei. Das wurde auch bei dieser Staatsberatung aufs neue bestätigt.

Den Reigen der Redner eröffnete unser Genosse Robert Schmidt-Berlin, der die verschiedensten Seiten der offiziellen Sozialpolitik kritisch musterte. Er zeigte, daß die so hoch gepriesene Sozialpolitik des Deutschen Reichs nur eine Wirrnis von geschlichen Bestimmungen ohne ein tiefgreifendes System darstelle, die durch widerspruchsvolle und einschränkende Handhabung der Gesetze noch erhöht wird und so die ganze Möglichkeit des Nichtwollens und des Nichtvermögens aufweise. Dieser den Arbeitern schädlichen Verfahrenheit stellte er das Verlangen nach einem einheitlichen, systematischen Sozialprogramm gegenüber, wie es die Sozialdemokratie in ihren sozialpolitischen Gesetzentwürfen und Anträgen seit je forderte.

Ergänzt wurden seine Ausführungen durch den Genossen Kräpzig, der die Lage der Arbeiterklasse in markigen Zügen schilderte, besonders aber das furchtbare Elend vieler Landarbeiter unter der ausbeuterischen Fuchtel der Junker in grelles Licht stellte. Gegenüber dieser Lage ist der Stillstand der sozialen Gesetzgebung als eine widerspruchsvolle Auslieferung der Arbeiter an das Ausbeutertum zu bezeichnen.

Wie ein Sohn nahm sich dem gegenüber die Rede des Staatssekretärs Delbrück aus, der die glänzende und schnelle Entwicklung des deutschen Wirtschaftslebens feierte, ohne zu bedenken, daß er damit den Gegensatz zwischen der Lage der Arbeiter und der kapitalistischen Klassen noch verschärfte. Warum keine gesetzgeberische Besserstellung und Sicherung der Arbeiter, wenn das deutsche Wirtschaftsleben (gold-)glänzende Ergebnisse liefert? Dann ist doch das Ausbeutertum erst recht zahlungsfähig! — Dreißt pries der Staatssekretär die Zollwucherpolitik. An eine Minderung der Steuerung durch Zollwucherpreise ist nicht zu denken, die Regierung macht darin gemeinsame Sache mit der bürgerlichen Mehrheit des Reichstags. Es werden nach solcher Anschauung natürlich auch keine Mittel des Reichs für eine bessere Sozialpolitik nötig — man wirft um so mehr dem Militarismus in den Rücken.

Die Minister gegen Sozialpolitik mitsamt den herrschenden Klassen bereitete aber dann Genosse Heine ein paar schwere Stunden. Statt Hilfe für die Arbeiter, eine schmählige Geste gegen sie! Das war der Grundton seiner flammenden, mit ändernder Satire durchsetzten Rede. Des alles übersteigenden Terrorismus, den die Ausbeuter verüben, gedenkt man nicht, den Arbeitern aber dichtet man Terrorismus an, um sie leichter knebeln und ausbeuten zu können.

In richtiger Charakterisierung der Dinge betonte Genosse Heine in seiner vor trefflichen Rede, daß das Gesetz nach einer Einschränkung des Koalitionsrechts *Modestie* geworden sei, eine Art *Geisteskrankheit*, die bestimmte Perioden beherrscht, sich zeitweilig zur höchsten Reife steigert — wie gegenwärtig — um dann allmählich abzulassen. Nach einer Periode relativer Stille fängt aber die Verdrücktheit wieder von vorne an, weil die Unternehmungskreise sich durch die Ausübung des Koalitionsrechts seitens der Arbeiter immer wieder bedrängt und in ihren Interessen verletzt fühlen. Da soll denn der Staat mit seinen Machtmitteln helfen.

Wie die Vertreter des Ausbeutertums vor Wut zittern unter den Geißeln, die immer dichter auf Staat und Gesellschaft fielen. Sie, die ein Loblied auf die „glänzende Wirtschaftslage“, auf die „fortschreitende Führung der Arbeiter“ gungen, zugleich aber auf die Arbeiter als terroristische, bekehrungsfüchtige Missetäter geschmäht hatten. Und wie still verhielten sich die lahmten Arbeiterfreunde des Zentrums und der bürgerlichen Linken, die unter den Arbeitern krebsten, um sie als „Stimmvieh“ bei Wahlen für sich einzufangen! Es war schon eine kleine Abrechnung mit den Staatsstreichern, die Ausnahmegeetze gegen die organisierten Arbeiter durchdrücken wollen. Die große Abrechnung wird folgen, „wenn die Zeit erfüllt ist.“

Wie düstern nahmen sich neben diesen großen Kampfreden, die der Gegenwart ihr Gepräge geben, die Tiraden aus, die rückständige Rüstler für das Handwerk abieierten, wie verächtlich die Brutalität scharfmacherischer Helfershelfer, deren Unwahrscheinlichkeit aus jedem Worte klingt und aus ihren Mienen spiegelt! —

Es wird noch manches Wortgefecht geben, so lange der Etat des Innern beraten wird, vorläufig wurde aber die Beratung unterbrochen, um die Angelegenheit *Sabern* erneut zur Sprache zu bringen.

Hierbei zeigte der Reichstag ein anderes Gesicht. Das unerbittliche Vorwärtsdrängen der Sozialdemokratie duldet keine Vertuschung des militärischen Terrorismus, wie er in Zabern zutage trat. Sie treibt auch bürgerliche Parteien vorwärts. Zwar, die Entrüstung vom Dezember vorigen Jahres ist verblasst — Schwermut hat das Zentrum befallen, gründlicher Umsturz ist bei den National-Liberalen eingetreten, allein, die Stimmung im Volke gegen den Militarismus ist noch so lebendig, daß man der Sozialdemokratie den Kampf nicht allein überlassen mag, wenn es auch in kurzer Zeit wieder dahin kommen wird. Das Zurückweichen war aus allen bürgerlichen Reden hörbar.

Der Reichstagsrat, befaßt mit dem Militäravanzvolum vom Dezember, schlug sich recht und schlecht mit einigen Nebenarten durch und so ging denn diesmal die Sache aus, wie das Hornberger Schießen, die bürgerlichen Anglimmerer waren froh, daß der Konflikt sich nicht vertärkte. Die Anträge, die infolge des Falles Zabern dem Militarismus Grenzen setzen sollten, wurden am Sonnabend in fünfzig Stunden beraten, zum Teil angenommen mit einer Mehrheit, die nur die Zentrumspartei ausschloß, zum Teil wurden sie an eine Kommission verwiesen. Was aus dieser herauskommt, weiß kein Mensch, und kommt etwas heraus, so wartet schon der Papierkorb des Bundesrats darauf.

Da die Bundesratsarbeiten während dieser Beratung orientativ leer blieb, so lehnte es die Mehrheit des Reichstags gegen den Widerspruch der Konservativen ab, weiter in der Behandlung der Tagesordnung fortzufahren, und ließ die in ihren Gemächern harrenden Staatssekretäre und Bundesratsmitglieder sitzen. Der Reichstag verlagte sich orientativ, das war die Antwort auf die Misachtung, die ihm die Regierung erwies. —

Rundschau.

Sozialpolitische Forderungen im Reichstag. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat zum Etat des Reichsanwalts des Innern drei Resolutionen eingereicht. Die Fraktion verlangt zum Schutz der Jugendlichen und Arbeiterinnen ohne Rücksicht auf die Größe und Art des Betriebs die Erhöhung des Schutzalters der Jugendlichen auf 18 Jahre, ferner Verbot der Nachtarbeit der Jugendlichen, Festsetzung des Maximalarbeitstages von zehn Stunden für Jugendliche und Arbeiterinnen mit dem Ziel auf weitere Herabsetzung des Rehnwundentages. — In einer zweiten Resolution werden Schutzmaßnahmen im Interesse des Kranken- und Pflegepersonal gefordert. — Die dritte Forderung der Fraktion geht dahin, den bereits im Jahre 1891 in Aussicht gestellten Gesetzen, der die Arbeitszeit und die Ruhepausen für alle Angestellten im Gastwirts-gewerbe regelt, baldigt vorzulegen. Bis zum Erlaß

dieses Gesetzes soll der Bundesrat seine Verordnung über die Beschäftigung im Gastwirts-gewerbe auf alle Angestellten dieses Gewerbes ausdehnen.

Billige Arbeitskräfte für das Land. Billige Arbeitskräfte waren von jeher die Lösung der Agrarier. Kurz vor der letzten Ernte kamen sie auf den Gedanken, auch die patriotische Jungdeutschlandbewegung ihrem Geliebten nutzbar zu machen. Auf Anregung des Vorsitzenden der Jungdeutschlandgruppe Breslau, der vorwiegend Lehrlinge aus dem Handwerks- und Gewerbebetrieb sowie jugendliche Arbeiter angehören, wurden die jungen Leute erjucht, sich während ihrer Ferien auf den Gütern der schlesischen Agrarier als Erntearbeiter zu betätigen. Bei freier Hin- und Rückfahrt und vollständiger Verpflegung wurde je nach Größe und Körperkraft ein Tagelohn von 75 P bis 1,25 M vereinbart. Jetzt berichten die Agrarier in der „Schlesischen Zeitung“ über die mit den Jungdeutschlandmännern als Erntearbeiter gemachten Ergebnisse und sind des Lobes voll über die geleistete Arbeit. Trotzdem vom frühen Morgen bis zum späten Abend unter Aufsicht eines beurlaubten Unteroffiziers gearbeitet wurde, war die Arbeitsfreudigkeit so groß, daß der einmal gemachte Versuch zur Fortsetzung ermunterte. Die agrarischen Ausbeuter hoffen, daß sich bei der nächsten Ernte noch bedeutend mehr junge Leute melden, die geneigt sind, Erntearbeiten zu verrichten und ihre Taschen füllen zu helfen.

Auf Kosten des Erholungsurlaubes, den einsichtige städtische Arbeitgeber ihren Lehrlingen und jugendlichen Arbeitern gewähren, beschern sich die Herren Agrarier. Um die Ausbeutung der jugendlichen Erholungsurlauben nicht gar so plump erscheinen zu lassen, preisen die Agrarier deren Beschäftigung als ein Mittel, um die Beziehungen zwischen Großstadt und plattes Land von neuem zu befestigen. Wie lange sich dies die städtischen Arbeitgeber aber gefallen lassen werden, steht freilich auf einem anderen Blatt, denn schon jetzt erheben ganze Innungen gegen die Jungdeutschlandbewegung den Vorwurf, daß diese geeignet ist, die Lehrlinge von ernster Arbeit abzuhalten.

So sieht die Jungdeutschlandbewegung also in Wirklichkeit aus.

Unternehmerschwindel. Eine bewußt schlechte Sache kann gewöhnlich auch nur mit schlechten Mitteln verteidigt werden. Und je schlechter die Sache, um so skrupelloser sind ihre Vorführer in der Wahl der Mittel. Das gilt auch von dem Kampf der Stahlmagnaten gegen einen besseren Hüttenarbeiterchutz. Nach Behauptungen der Unternehmer soll sich die Einführung der dreigeteilten Schicht an Stelle der jetzt üblichen zwei Schichten zu je zwölf Stunden im Hochofenbetrieb nicht durchführen lassen, weil dann 60 000 Arbeiter mehr eingestellt werden müßten. Eine solche Zahl leistungsfähiger Kräfte sei aber nicht zu beschaffen. — Ganz abgesehen von der Unhaltbarkeit des Arguments liegt in den Zahlenangaben eine bewußte Fälschung der öffentlichen Meinung. Nach dem Statistischen Jahrbuch für das Deutsche Reich (34. Jahrgang, Seite 82) stellte sich die mittlere Belegschaft sämtlicher deutscher Hochofenbetriebe im Jahre 1911 auf insgesamt 47 546. Ungefähr drei Viertel davon arbeiteten in der Wechelschicht. Demnach lassen, wenn man den Einwand der Unternehmer gelten lassen will, bei Einführung der dreifachen Schicht im Hochofenbetrieb höchstens 18 000 neue Arbeitskräfte erforderlich. Wie kommen die Unternehmer nun zu der Zahl von 60 000, wenn sie nicht ganz bewußt darauf ausgingen, mit ihren falschen Angaben irrezuführen? Natürlich ist die Zahl von 18 000 auch noch zu hoch gemessen, denn eine Anzahl Arbeitskräfte wird durch Mechanisierung des Betriebes ersetzt. Gegen den besseren Hüttenarbeiterchutz gibt es nur eine wirkliche Schwierigkeit: die Profitsucht des Kapitals.

Die städtischen Arbeiter zu Mainz waren schon wiederholt vergebens um Verkürzung ihrer zehnstündigen Arbeitszeit eingekommen. Auf Antrag ihrer Organisation hat sich jetzt die sozialpolitische Deputation mit der Angelegenheit beschäftigt. Die Gewerbeinspektion sowie die meisten Abteilungsleiter der städtischen Arbeiter sprachen sich in ihrem Gutachten für eine Herabminderung der Arbeitszeit aus. Die sozialpolitische Deputation trat nach längerer Debatte für eine Reduzierung der Arbeitszeit auf 9 1/2 Stunden täglich ein.

Mitgliederückgang im Verbands katholischer Arbeitervereine. Der „Arbeiter“, Organ der katholischen Arbeitervereine (Sitz Berlin) teilt in seiner Nummer 3 vom 18. Januar mit, daß sein Nebenbuhler, der München-Gladbacher Verband, der Schützling der „christlichen“ Gewerkschaften, von 201 149 Mitgliedern am Schlusse des Jahres 1912 auf 202 000 im Jahre 1913 sank. Ist der Mitgliederückgang nur auf die wirtschaftliche Krise zurückzuführen oder tut die Enzyklika im Verborgenen ihre Schuldigkeit? Langsam aber sicher schwindet die München-Gladbacher Richtung.

Lohnabzüge und gelbe Gewerkschaften. Das Gewerbegericht in Chemnitz hat entschieden, daß die Beiträge für einen gelben Werkverein vom Lohn nicht abgezogen werden dürfen, und zwar auch dann nicht, wenn ein Arbeiter sich ausdrücklich durch Revers mit dem Abzuge einverstanden erklärt hat. Denn der Abzug verstößt gegen das Lohnabzugsverbot, die §§ 134 und 139 des Bürgerlichen Gesetzbuches und die §§ 115a und 117 der Gewerbeordnung.

Berichte.

Freiburg. Am 17. Januar hielt die hiesige Zählstelle die städtische Quartalsversammlung ab. Tagesordnung: 1. Abrechnung vom 4. Quartal; 2. Abrechnung der Lokalkasse; 3. Jahresbericht; 4. Kartellbericht; 5. Gewerkschaftliches. Kollege Dehne gibt die Quartalsabrechnung. Die Einnahme und Ausgabe bilanzierte mit 2149,25 M . Die Abrechnung wurde für richtig befunden und wurde dem Kassierer Entlastung erteilt. Die Abrechnung der Lokalkasse erhaltet ebenfalls Kollege Dehne. Der Lokalkassensatz beträgt 255,70 M . Auch diese Abrechnung wurde geprüft und für richtig befunden. Aus dem Jahresbericht ist hervorzuheben: Die Einnahme und Ausgabe beträgt 1005,36 M . An den Vorstand wurden gewählt

5100 M . Der Mitgliederbestand betrug Anfang des Jahres 1913 373 und zum Schlusse 399. Im Punkt Kartellbericht wies Kollege Müller auf die am 18. Januar stattfindende Arbeitslosenabrechnung hin und forderte die Anwesenden auf, sich an dieser Abrechnung zu beteiligen. Ebenfalls gibt Kollege Müller bekannt, daß am 31. Januar eine Protestversammlung betr. Koalitionsrecht stattfinden wird. Weiter wurde noch eine Kartelldelegierte, und zwar Kollegin Jenny Klein, gewählt. Beim Punkt Gewerkschaftliches schlägt die Verwaltung vor, einen ausgesteuerten Kranken Kollege mit 5 M aus der Lokalkasse zu unterstützen. Die Versammlung war damit einverstanden. Weiter gab Kollege Böhm eine Situationsberichterstattung über die nunmehr festgelegten Differenzen der Ergate mit der Krankenkasse. Kollege Sadmann stellte den Antrag, in nächster Zeit eine öffentliche Tabakarbeiterversammlung mit einer Referentin einzuberufen. Dieser Antrag wurde angenommen. Sehr scharf wurde von einzelnen Kollegen das erbärmliche Prämienystem bei der Firma Haschke kritisiert. Es wäre dringend notwendig, einmal Front dagegen zu machen und dieser Firma, die noch eine ganze Anzahl Filialen unterhält, die Abschaffung dieses elenden Systems drängen zu empfehlen. Der Tabakarbeiter will, daß seine Arbeitskraft ordentlich bezahlt wird und nicht durch eine ganze bzw. halbe Prämie für die Kunst, die er haben soll und muß beim Wenden der Zigarren, man kann wohl mit etwas Humor sagen, „knigeln“, belohnt werde. Die Verwaltung verpflichtet sich, trotz widerholten Versuchen diese Angelegenheit nicht aus dem Auge zu lassen. Der Besuch der Versammlung war ein sehr schlechter zu nennen, von rund 400 Mitgliedern hielten es nur 32 Kollegen und Kolleginnen für notwendig, zu erscheinen. Ganz speziell glänzten die Sortiererkollegen durch Abwesenheit, nur zwei waren anwesend. Kollegen und Kolleginnen! Macht auf vom dem Winter Schlaf, es gilt auf der Hut zu sein! Hoffentlich genügt dieser Bedarf.

Tannenberg. Am 18. Januar fand unsere Mitgliederversammlung statt. Tagesordnung: Abrechnung vom 4. Quartal; Wahlen; Kartellbericht; Verschiedenes. Kollege Wenzel gab die Abrechnung bekannt, die von den Revisoren geprüft und für richtig befunden war; dem Kassierer wurde Entlastung erteilt. Wiedererwählt wurden die Kollegen Wilhelm Holtwick als 1., Paul Wenzel als 2., Ernst Schöna als 3. Bevollmächtigter, Franz Sailer und Albin Ficker als Revisoren. Die Kollegen Franz Sailer und Guido Seifert wurden als Kartelldelegierte gewählt. Neugewählt wurde zum Bildungsausschuss Kurt Bayer, zum Fabrikarbeitsrat Ernst Mohr, Ernst Schöna und Richard Offenderlein. Den Delegierten vom Kartell und Bildungsausschuss wurde für Sitzungen a. Verjon 50 P zugesprochen. Kollege Bruno Bayer erklärte, daß Mitglieder, seien sie aus Konto des Fabrikanten oder der Mitglieder zu schreiben, dem 1. Bevollmächtigten zu unterbreiten sind, welcher mit dem Arbeiterausschuss die Sachen reakt soll; die Versammlung stimmte dem zu. Die Kollegen Seifert und Holtwick erstatteten den Kartellbericht. Hauptächlich handelte es sich um die Ortskrankenkasse. Unter Verschiedenes verlas Kollege Holtwick einen von der Redaktion nicht aufgenommenen Artikel, betreffs Differenzen, die in dem Bettelbe der U. G. O. in Frankenberg ausgebrochen waren. Die Versammlung gab einstimmig ihr Mißfallen hierüber zum Ausdruck, ebenfalls protestierte sie gegen den Anspruch des Schiedsgerichts. Ein Antrag des 1. Bevollmächtigten, durchreisenden Mitglieder, welche ausgesteuert oder nicht vollberechtigt sind, ein Ortsbesuch von 50 P zu geben, wird gutgeheißen. Kollege Kurt Schreiber wies darauf hin, daß die Arbeiterpresse mehr gelesen werden sollte. Im gleichen Sinne sprach Kollege Holtwick sich aus, er forderte auch auf, mehr die Arbeiterjugend zu unterstützen und sich politisch zu organisieren. Die Versammlung verlief schön.

Spengde. Die Mitgliederversammlung am 18. Januar war von 30 bis 40 Kollegen besucht. Vor Eintritt in die Tagesordnung machte der Vorsitzende das Ableben der Kollegin Friederike Mohrmann bekannt. Die Versammelten ehrten das Andenken der Verstorbenen durch Erheben von den Plätzen. Alsdann verlas der Bevollmächtigte die Abrechnung vom 4. Quartal 1913. Die Einnahme betrug 1217,25 M , inf. 200 M , die vom Vorstande geleistet, die aber wieder abgeführt sind. Die Ausgabe betrug 1357,86 M ; darunter sind 573,90 M für Arbeitslose und 267,80 M Krankenunterstützung. Es ist ein Bestand von 59,39 M am Schlusse des Quartals zu verzeichnen. Die Mitgliederzahl betrug 216, darunter 109 weibliche. Der 2. Punkt, Lokalkassenstatut, wurde zurückgelassen. Dem Bevollmächtigten wurde aufgegeben, sich erst mit anderen Kandidaten wegen Ueberlastung von Statuten in Verbindung zu setzen. Beim 3. Punkt wurden gewählt: F. Brinkmann als 1., Richard Fischer als 2., Herm. Blorenzberg als 3. Bevollmächtigter; zu Revisoren August Giebelmann und Wilhelm Göhner. Unter Verschiedenes wurde mitgeteilt, daß der Werkmeister Heidemann bei der Lohnzahlung am 17. Januar von jedem Arbeiter 3 M Lohn einbehalten habe mit der Begründung, daß, falls jemand aus dem Arbeitsverhältnis ausscheidet und seinen Lohn mehr zu beanspruchen hätte, er, Heidemann, dann für die Krankenkassenbeiträge Sicherheit hätte. Die Versammlung war der Meinung, daß dieses Einbehalten des Lohnes ungesetzlich sei und forderte die Kollegen auf, sich dieses nicht gefallen zu lassen, eine Fabrikbesprechung einzuberufen und gemeinsame Schritte beim Kaufleute zu machen. Leider ist auch unter den Kollegen, die bei Heidemann arbeiten, ein Teil nicht organisiert; dies wirkt auf die organisierten Kollegen hemmend, zumal die Firma Leismacher & Comp., um welche es sich hier handelt, in 3 Monaten 6 Wochen aussetzen ließ. Die Kollegen wurden aufgefordert, so viel in ihren Kräften stände, zu tun, diese Kollegen zu organisieren. Alsdann machte der Kollege W. Spiller noch aufmerksam auf den am 1. Februar stattfindenden Liederabend im Saale des Herrn Heimann; circa 80 Sänger der Freien Sängervereinigung kritisch, auf aus Bielefeld würden wirken; eine rege Beteiligung sei schon deshalb geboten, weil der Arbeitervereinsverein „Solidarität“, der diesen Liederabend arrangiert, stets seine Schuldigkeit bei allen Arbeiterfesten usw. getan hätte. Es wurde noch bekannt gegeben, daß am 12. Februar die Kollegin Schilling aus Döbeln in Spengde reden würde und wurde um rege Beteiligung gebeten.

Dresden. Mitgliederversammlung vom 18. Januar 1914. Tagesordnung: 1. Vortrag über die „Vollfürsorge“; 2. Abrechnung vom 4. Quartal; 3. Jahresbericht; 4. Reimwahl der Verwaltung; 5. Kartellbericht; 6. Verschiedenes. Zum 1. Punkt der Tagesordnung erklärte Kollege Spengler die Schäden der kapitalistischen Vollversicherung und ihre Reform durch die „Vollfürsorge“. Redner empfiehlt, daß die Tabakarbeiter, die gewillt wären, Veränderungen abzuschließen, diese bei der „Vollfürsorge“ zu beantragen und rege Propaganda für dieselbe zu machen. Dabur würde den Kennern die beste Antwort für ihre feindselige Stellung gegen die „Vollfürsorge“ gegeben. Bei Punkt 2 gibt der Kollege Rahn die Abrechnung vom 4. Quartal. Kollege Gohl spricht im Namen der Revisoren, daß sie die Abrechnung geprüft und für richtig befunden haben. Der Antrag, dem Kassierer Entlastung zu erteilen, wird einstimmig angenommen. Punkt 3: Jahresbericht, erstattet Kollege Bachmann. Die Einnahmen betragen 10 557,78 M . Die Ausgaben für Arbeitslosenunterstützung 1776,08 M , Krankenunterstützung 2854,60 M . Für Verwaltungskosten, Prognose und sonstige Ausgaben 1310,12 M . An den Vorstand geleistet 4700 M . Mitlin bleibt ein Kas senbestand von 418,01 M . Lokalkassenbestand am 1. Januar 1913 453,43 M . Einnahme der Lokalkasse mit Markentragante 2305,87 M . Ausgaben: 100 M für Holland, 421 M Dresden übermies für Unterkassierer, Kartell- und Sekretariatbeiträge und sonstige Ausgaben 1881,90 M . Mitlin ein Kas senbestand in der Lokalkasse von 417,40 M . Mitgliederbestand am Schlusse 1912 465. Durch Quotation 193 gewonnen, zugewirrt 24, übergewirrt 14; davon sind im Berichtsjahre 85 gestorben, 439 Dresden übermies, 12 abgewirrt, 2 zum Mitlin und 1 Mitlin abgestorben. Mitlin ein Mitgliederbestand am 1. Jan. 1914 von 103 Mitliedern. Bemerk sei noch, daß durch Agitation im 4. Quartal noch mehr Mitglieder gewonnen wurden, nur seien diese an Dresden übermies worden. Bei der Reimwahl der Ortsverwaltung wurden folgende Kollegen gewählt: Richard Bachmann als 1., Hugo Rahn als 2., Karl Spengler als 3. Bevollmächtigter; Emil Gohl und Edward Stelen als Revisoren. Der Antrag der Verwaltung, dem 1. Bevollmächtigten 24 M und dem Kassierer 46 M jährlich als Entschädigung zu gewähren, wird

Einmütig angenommen. Ein Antrag des Kollegen ...

Breslau. Am 18. Januar fand unsere Generalversammlung ...

Ostau. Am 19. Januar fand unsere Generalversammlung ...

Die Verhandlung ist anzugeben: Die Verwaltungen ...

Bekanntmachungen.

Der Vorstand ist anzugeben: Die Verwaltungen ...

Uebertitte betreffend.

Die Mitgliedschaft hat nur dann Gültigkeit ...

Der Vorstand.

Als verloren wurde gemeldet: Das Mitgliedsbuch ...

Arbeitslosenstatistikarten.

Wir ersuchen die Bevollmächtigten aller unserer ...

Der Vorstand.

Abrechnungen vom 4. Quartal 1913 gingen beim Vorstand ...

Folgende Gelder sind bei mir eingegangen ...

Adressen der Bevollmächtigten.

Halsheim (4): 1. Bev. Fritz Kleine, Nr. 16; 2. Bev. D. Pieper ...

Abgaben (5): 2. Bev. Heinz Duffelau, Nr. 118 ...

Erwerbslosenunterstützung wird ausgezahlt: ...

Arbeitsangebote.

Zwei Sortierer können sofort Stellung bekommen ...

Mitglieder-Versammlungen.

Ze lebendiger es in einer Gewerkschaft ist, um so größer sind Ihre ...

Gau Herford.

Achtung Tabakarbeiter! Achtung Tabakarbeiter! ...

Rödersheim.

Öffentliche Tabakarbeiter-Versammlung ...

Gestorben:

Am 19. Januar zu 3 1/2 Uhr an Hermann ...

Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Tabakarbeiter Deutschlands.

Vorstand: Hamburg 21, Mojatzstr. 5. Aufsichtsrat: D. Sibow ...

Verbandsteil.

Deutscher Tabakarbeiter-Verband.

Karl Reichmann, Vorsitzender, Bremen, Faulenstraße 58/60, II ...

Heinrich Franck

Berlin N 54, Brunnenstr. 22 Gegründet 1879

Hochfeine, hellgraufahle Sumatra-Sandblätter:

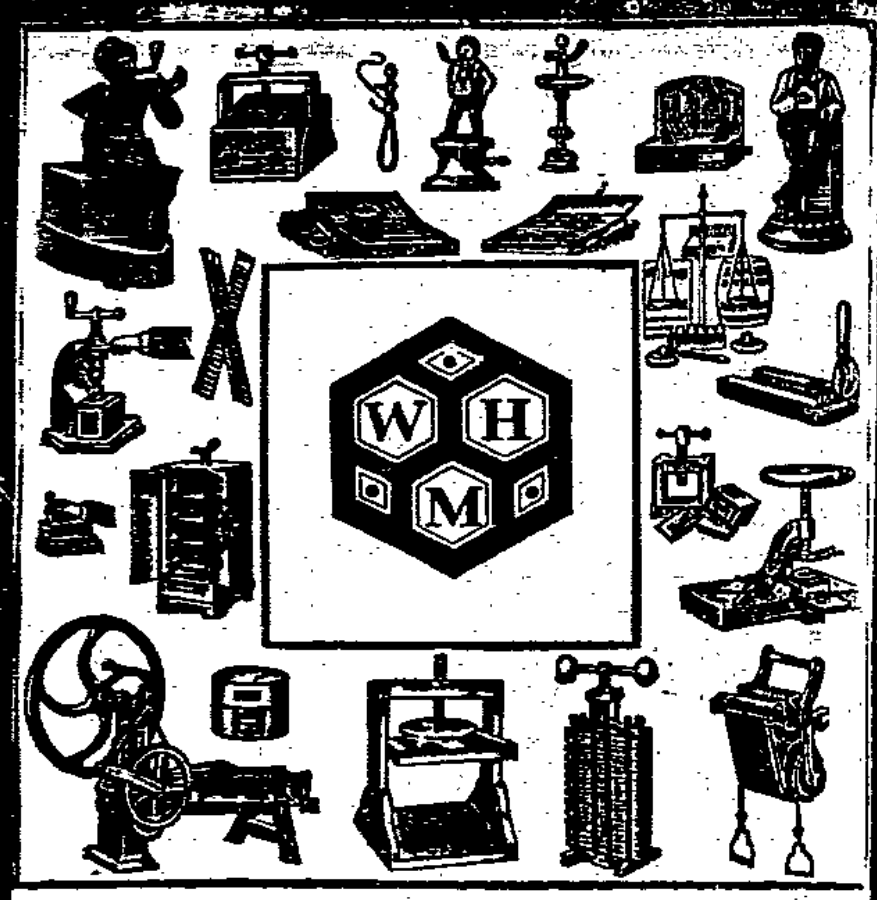
<p>No. 1863 Sandblatt, Vollblatt 2. Länge, fahl, teils grau, zart Mark 7.— verz.</p>	<p>No. 1913 Sandblatt, Vollblatt 2. Länge, hellmatt und lebhaft hell Mark 7.50 verz.</p>	<p>No. 1868 Sandblatt, Vollblatt 2. Länge, fahlmatt, rein- farbig Mark 8.— verz.</p>	<p>No. 1961 Sandblatt, Vollblatt 2. Länge, hellgraufahl, wunderschön Mark 10.— verz.</p>
--	--	--	--

Direkter Einkauf geschlossener Partien in den Einschreibungen
 == Verlangen Sie Frankozusendung meiner Kataloge! ==



**GEBRAUCHTE
WICKELFORMEN
IN NUR MODERNEN FAÇONS**
 Ueberzeugen Sie sich
 von den niedrigen Preisen
 Fordern Sie sofort kostenlose
 Zusendung des
MUSTERBOGENS
L. COHN & CO.
 DEUTSCHLANDS GRÖSSTES WICKELFORMENLAGER.
 BERLIN N. 24 BRUNNENSTR. 24

Verlangen Sie kostenlos die
SOEBEN ERSCHEINENE
LISTE 2/4
 über sämtliche Bedarfartikel



Wickelformenpressen von M. 7.75 an.
 Pressbänder, unverwüstlich, per St. 70 &
 Rollbretter per Stück von M. 1.50 an.
 Arbeitsmesser à 25 &, Tragant per
 Pfd. M. 1.10, Amlac per Pfd. M. 1.75, Bün-
 delband per 50 m 45 &.
 Gebrauchte Formen von 20 Pfennig per Stück an.
 Tüllen und Tüllmaschinen.
 Bündelmaschinen, bewährte Modelle, Mk. 1.25.
 Presskästen von M. —.80 per Stück an. Einschlag-
 papier, Euketten in vielen Sorten.

W. Hermann Müller, Berlin
 Magazinstr. Nr. 14
 Erstes Spezialhaus für Cigarrenfabrikations- Utensilien
 Illustrierte Kataloge gratis und franko.

Schweine-Einkaufspreis
 (Küppchen, Räden, Kopfküde, Schlangen, Dieren, fleischige Beine) frisch gefahren, garantiert fleischige Ware, 10 Pfd. Postfrei M. 3.50, Kübel mit 25 und 30 Pfd. Inhalt Pfand nur 32 &

Hollsteiner Gekäuer Käse
 festig, kein Amorphprodukt, sondern Naturware, netto 9 Pfd. M. 3.95 ab hier unter Nachnahme.

Geirich Krogmann
 Kartorf (Holl.) Nr. 682b.

Karl Thiel
 aus Wambes, wo heißt Du? Ich habe Arbeit für Dich.
 Max Gbert, Swidau.

Paul Kleinmann, Cigarrenarbeit.
 aus Nordhausen, wo heißt Du? Um Deine Adresse bittet wegen einer wichtigen Sache.
Joseph Wehner, 2. Bev. Godesheim (Baden).
 Die Bevollmächtigten, in deren Bereich sich derselbe befindet, mögen denselben darauf aufmerksam machen, evtl. an mich berichten.

Unsern Kollegen Friedrich Van zu seinem am 4. Februar stattfindenden Wiegensche ein dreimal donnerndes Hoch.
 Seine Kollegen: A. H., B. Sch., R. B., H. B., H. W., D. U., G. B., B. A., Jaström.

Unsern Verbandkollegen und Kassierer Albert Schult zu seinem in diesem Monat stattfindenden 30jährigen Kassiererjubiläum die besten Glückwünsche. Möge unser Albert uns noch lange erhalten bleiben. Die Mitglieder der Zahlstelle Bielefeld.

Unsern Kollegen Josef Wüdel aus Heibingsfeld zu seinem am 29. Januar stattgefundenen 64. Geburtstag die besten Glückwünsche. Die Kollegen und Kolleginnen der Firma Gräf, Coburg.

Unserer Kollegin Katharine Moser nebst ihrem Mann Karl Moser rufen wir zu ihrer am 3. Februar stattfindenden silbernen Hochzeit ein donnerndes Hoch zu, daß das ganze Harnuthschlager Tor ruppelt und das Köchlein Bier bei Tausend auf dem Tische kuppelt. Die Kollegen und Kolleginnen der Zahlstelle Waldappel.

Verstorben.
 Am Freitag, den 23. Januar, entschlief an Herzschwäche mein lieber Mann, unser guter Vater
Sourad Berhardt Schäfer
 aus Hildesheim im Alter von 64 Jahren.
 Die tiefbetrübten Hinterbliebenen:
 Frau Minna Schäfer, geb. Hartbrecht, nebst Kindern.
 Bremen, Hildesheim, Braunschweig und Halberstadt.

Nachruf.
 Hiermit teilen wir der Familie und den Freunden das Ableben von
S. Winther,
 geb. am 24. Dezember 1884 zu Byle (Dänemark) mit. Derselbe starb am 15. Dezember 1913 zu Rio Grande do Sul.
 Der Brasilianische Tabakarbeiter-Verband.
 Wir vermissen an ihm ein treues Mitglied.
 Der Vorstand.

Briefkasten.
 Godesheim 100 &
 Bielefeld 80 &
 Waldappel 100 &
 Jaström 70 &
 Swidau 50 &

Zu welchem Zweck!

Nicht nur in der Branche, sondern im ganzen Lande hat ein Versehen Aufsehen gemacht, das sich in Dresden zugetragen hat. Dort wurden nämlich in 23 Zigarettenfabriken Hausdurchsuchungen vorgenommen. Zu welchem Zweck? Darüber ist sich bis heute die Welt noch nicht klar und nur im Rat jener, die das Vorgehen direkt oder indirekt veranlaßt haben, mag man wissen, wohin die Fahrt geht. Im „Tag“ vom 21. Januar heißt es, daß über die ganze Angelegenheit nichts in die Öffentlichkeit dringen solle; der Untersuchungsrichter habe sich auch bisher der Presse gegenüber geweigert, irgend welche Mitteilungen zu machen. Also ist man, soweit nicht etwas „durchgeleiert“ ist, auf Vermutungen angewiesen.

Unzweifelhaft stehen aber die Hausdurchsuchungen mit der Trufrage in Verbindung. Wie einige Tagesblätter wissen wollen, soll es sich um ein Verfahren wegen Geheimbündelei (§§ 128, 129 des Strafgesetzbuches) handeln. Wir können das nicht glauben. Soll eine Bestrafung, oder auch nur eine Untersuchung wegen Geheimbündelei stattfinden, so muß doch erst der Dolus, d. h. die Absicht der Geheimhaltung, festgestellt werden. Uns ist nun nicht bekannt, daß die deutschen Firmen, soweit sie zum Trust gehören, bisher schon amtlich angegangen worden sind, ihre Internas zu offenbaren. Die Jasmagi-A.-G., der man wohl die geschäftliche Oberleitung für die deutschen Trustbetriebe zu vertrauen darf, erklärt sogar ausdrücklich, daß sie sich bereits mit Rücksicht auf die Bestrebungen der Trustgegner dem Reichsamt des Innern bereit erklärt habe, jede gewünschte Auskunft zu geben. Wenn das der Fall ist, kann man doch unmöglich auf Geheimbündelei kommen. Daß die Trustfabriken die Herren Liste und Zimmermann nicht in ihre Karten gucken lassen, wird ihnen ja wohl noch nicht als Verbrechen angerechnet werden können. Uebrigens eröffnet die Anwendung des § 128 Str.G.B. in dieser Richtung allerhand Perspektiven, vorausgesetzt natürlich, daß man konsequent ist.

Allerdings sind wir davon überzeugt, daß sich die Maßregel ganz direkt gegen die Bestrebungen des englisch-amerikanischen Tabaktrusts und seiner deutschen Betriebe richtet. Die Frankfurter Zeitung erklärt in ihrem Abendblatt vom 22. Januar, die Annahme sei nicht unzutreffend, daß die Maßnahmen getroffen seien, um etwas über den englisch-amerikanischen Tabaktrust zu erfahren. Wir glauben schon, daß man darüber gern etwas erfahren möchte; es wäre auch im Interesse der deutschen Volkswirtschaft nicht unvorteilhaft, wenn man in diesen und anderen Fällen in die Glut kapitalistischer Höllenlöcher hineinschauen könnte.

Ueber den Erfolg der Hausdurchsuchungen schreibt z. B. die Frankfurter Zeitung:

Ueber den nächsten Erfolg der Hausdurchsuchungen wird uns mitgeteilt, daß bei verschiedenen Firmen umfangreiche Briefschaften beschlagnahmt worden sind. Es handelt sich hauptsächlich namentlich darum, aus ihnen die Beziehungen zu der englischen Tochtergesellschaft des amerikanischen Trust kennen zu lernen. Bei einer Firma, die bisher nicht trustverdächtig war, sollen Beziehungen zum Trust festgestellt worden sein. Natürlich hat die außergewöhnliche Maßregel der Hausdurchsuchung bei angesehenen Firmen zu mancherlei Gerüchten Anlaß gegeben. Sicherer über den Erfolg der Hausdurchsuchungen ist nicht bekannt, wie überhaupt das ganze Verfahren sehr geheimnisvoll behandelt wird.

Und Hirsch's Telegraphenbureau meldet:

Die Hausdurchsuchungen bei der Zigarettenfabrik Georg A. Jasmagi, A.-G., und verschiedenen andern Dresdener Zigarettenfabriken haben ein überraschend umfangreiches Material ergeben, das die Erwartungen der Vertrauensherren bei weitem übertrifft hat. Es sollen Firmen betastet sein, von denen man bisher geglaubt hatte, sie hielten sich vom amerikanischen Tabaktrust fern. Vor allem sind die bei der Jasmagi-Mittelgesellschaft beschlagnahmten Briefschaften von höchstem Wert, da Jasmagi den Mittelpunkt des amerikanischen Trusts in Deutschland bildet. Ueber das Ergebnis der Untersuchung wird vorläufig nicht in die Öffentlichkeit dringen, da alle beteiligten Personen sich zum Stillschweigen verpflichtet haben.

Upropos! Hatte denn die hausdurchsuchende Gerichtsbehörde die Meinung, daß fast die ganze Dresdener Zigarettenindustrie vertraut ist? Oder aus welchem Grunde sonst ist die Hausdurchsuchung auf 23 Fabriken ausgedehnt worden? Man hätte sich doch auf die anerkannten Trustfirmen beschränken können. Und eine weitere Frage: Nach welchen Grundsätzen und nach wessen Angaben sind die zu behausuchenden Firmen ausgesucht worden? Die meisten der 23 Firmen haben doch wohl in der Trustabwehr tapfer ihren Mann gestanden. Wollten wir boshaft sein, so müßten wir die Hausdurchsuchung ausgedehnt wünschen auf alle deutschen Zigarettenfabriken, unter denen manche sein dürften, die dem ahnungslosen Käufer mit starker Geberde Trustfreie andrehen. Sie werden wohl jetzt ein wenig unter ihren Papieren aufraumen.

Was mag denn nun der Zweck dieses auffälligen Vorgehens sein! Es ist bereits durch eine kurze Anfrage im Reichstag bekannt geworden, daß die Regierung eine Enquete in bezug auf Ausbreitung und Wirkung des englisch-amerikanischen Zigarettentrustes in Deutschland vorbereite. Es ist bisher nicht bekannt geworden, ob die Regierung bereits Erhebungen nach dieser Richtung anstellt oder nicht. Naheliegender wäre es, zu vermuten, daß die Hausdurchsuchungen mit dieser Enquete in Verbindung stehen; wir selbst haben daran nicht recht glauben können, da es uns unmotiviert erscheint, zumal man bisher von Weigerungen der Trustfabriken, daran teilzunehmen, nichts gehört hatte. Im „Tag“ vom 22. Januar wird berichtet, daß die Hausdurchsuchungen eine tiefere politische Bedeutung haben und daß sie auf Anregung des Amerikaners Ferguson, der gegenwärtig im Auftrage des trustfeindlichen Präsidenten Wilson in Deutschland weilte, zurückzuführen seien. Der amerikanische Vertreter hat abgestritten, mit dem Vorgehen in Dresden etwas zu tun zu haben. Das mag zutreffend sein. Daß der Maßregel aber eine politische,

insbesondere wirtschaftspolitische Ursache zugrunde liegt, ist nicht von der Hand zu weisen, wenn man weiß, daß sich einflussreiche Kreise immer lebhafter gegen den englisch-amerikanischen Tabaktrust und seine deutschen Betriebe wenden. Die deutschen Kapitalisten wollen sich eben ihre Weide nicht von fremden Kollegen abgrasen lassen. Ganz gleich also, welche speziellen Gründe zurzeit vorliegen mögen: man macht mobil. Mag es sich vorerst auch um einen Schredschuß handeln.

Begreiflich ist, daß die Deffentlichkeit auch zu anderen Kombinationen gegriffen hat. So hat man in der Presse die Hausdurchsuchungen darauf zurückzuführen versucht, daß die Regierung beabsichtige, ernstlich an die Einführung des Zigarettenmonopols heranzutreten. Wir sind angeichts des steigenden Geldbedarfs und der immer schwieriger werdenden Deckungsfrage überzeugt, daß die Reichsregierung die Monopolisierung bestimmter Gewerbe nicht aus den Augen läßt. Zu diesen Gewerben gehört zweifellos die Zigarettenindustrie. Vielleicht mag sich die Regierung schon mehr als einmal gefast haben, daß sie gerade in bezug auf die Zigarettenindustrie den für sie günstigsten Zeitpunkt verpaßt habe; denn noch vor ein paar Jahren wäre die Expropriation dieser Industrie leicht und ohne erhebliche Kosten vor sich gegangen. Doch die Regierung wird wissen, daß jede Hinausschiebung des Zigarettenmonopols die Durchführung schwieriger und kostspieliger macht, so daß sie aus diesem Grunde denken muß: Je eher, je lieber! Die Kombination, die eine Verbindung zwischen den Dresdener Hausdurchsuchungen und dem Zigarettenmonopol sucht, ist also insofern nicht ganz unberechtigt, als jede amtliche Maßregel in bezug auf die Zigarettenindustrie von diesem Gesichtspunkt aus betrachtet werden kann, eigentlich sogar betrachtet werden muß.

Ueber die Regierung bestreitet. Das geht aus folgendem hervor:

Wie die „Verknigten Tabak-Zeitungen“, Berlin, melden, ist einem ihrer Mitarbeiter im Reichsamt des Innern an unabhängiger Stelle erklärt worden, daß weder von der Erwdigung eines Zigarettenmonopols noch von einem vorliegenden Entwurf im Reichsamt des Innern etwas bekannt sei. Die Regierung sei einem solchen Plane mit keinem Gedanken näher getreten. Die Monopolgerüchte entbehren deshalb jeder tatsächlichen Unterlage. Dasselbe gelte von der Version eines Zusammenhanges zwischen den Hausdurchsuchungen bei einigen Dresdener Zigarettenfabriken und der vom Reichsamt des Innern vorzunehmenden Enquete. Die Maßnahmen in Dresden seien aus Grund richtiger Anordnung erfolgt, denen das Reichsamt des Innern vollständig fernliege.

Was solche Ablehnungen der Regierungen im Grunde genommen zu bedeuten haben, brauchen wir den Tabakinteressenten wirklich nicht erst auseinanderzusetzen. Ob und inwieweit wir solchen Neußerungen von Regierungsvertretern Glauben schenken, geht auch aus unseren Ausführungen, die wir oben machten, hervor. So oder so, die Regierung kümmert sich sehr genau um die Dinge in der Tabakindustrie, und zuallererst um die Zigarettenindustrie. Das Geschrei gegen den Trust nach nationalem Schutz dürfte ihr gar nicht so unangenehm sein, kann sie doch an diesem Feuer auch ganz nett ihre eigene Suppe kochen.

Also die Reichsregierung will es nicht gewesen sein, die die Hausdurchsuchungen veranlaßt hat. Wir wüßten auch nicht, daß gerade eine solche Maßregel ihren Zwecken dienlich wäre. Es hat sehr wohl seine Bedeutung, wenn gerade aus Interessentkreisen sofort eine Neußerung der Regierung einzuholen versucht wird, um sie günstigfalls für die stuzig gewordenen als Beruhigungsschritte in die Welt zu schicken. Wenn übrigens der Monopolgedanke bei der Regierung so fern wäre, warum dann sofort die Aufregung! Die Antitrustleute wachen aber auch ihre Hände in Unschuld und wollen es nicht veranlaßt haben. Also hat das Dresdener Gericht aus eigener sachverständiger Entschliebung gehandelt. Na ja, deutsche Gerichte lassen sich ja auch nicht von Kapitalistengruppen beeinflussen, wie männiglich bekannt ist. Demnach sind die Antitrustleute weiß und rein. Ist auch ganz egal, wer die Geschichte angereizt hat. Für uns ist Trust und Antitrust eine kapitalistische Erscheinung. Wie edel die Motive der Handlungen der einen oder anderen Seite sind, brauchen wir im Augenblick nicht zu untersuchen. Jedenfalls ist das Dresdener Vorgehen ein bemerkenswertes Ereignis in der Geschichte der deutschen Tabakindustrie.

Nur den einen Wunsch können wir bei dieser Gelegenheit nicht unterdrücken: Sollte alle Welt, die sich jetzt mit der Trustbekämpfung so eindringlich beschäftigt, noch ein wenig Zeit und Kraft übrig haben, nachdem es den Riesen in der fürchterlichen nationalen Not geworfen hat, so mögen sie es, auch im nationalen Interesse, einmal mit jenem Konzern (Trust darf man hier ja wohl nicht sagen) aufnehmen, der es sich zur Aufgabe gemacht hat, einen wertvollen Teil der Tabakindustrie durch Hungerlöhne zu ruinieren. Wie? Was? Das ist ganz was anders? Natürlich! Aus wessen Haut sollen sonst auch die Nieren geschnitten werden!

Mitteilungen aus dem Beruf

Ein ganzes Verbandsvermögen veruntrent. Vor einiger Zeit gab der Verband der Deutschen Zigarettenladeninhaber (Sitz Hamburg) bekannt, daß an Stelle des Herrn Reinte, bisher Kassierer des genannten Verbandes, ein anderer Herr getreten sei. Jetzt stellt sich heraus, weshalb das geschah. In Nr. 2 der „Tabakbörse“ wird behauptet, daß Herr Reinte dem Verband der Zigarettenladeninhaber das ganze Verbandsvermögen, rund 30 000 M., unterschlagen habe. Weiter wurde aber auch behauptet, daß Vorstandsmitglieder des Verbandes zu den größeren Zigarettenfabriken gegangen seien, das fehlende Geld zusammenzubringen, und zwar nicht etwa leihweise. Mittlerweise hat der Verband der Zigarettenladeninhaber selbst eine Darstellung des Falles gegeben, da es nun unmöglich war,

noch länger zu schweigen. Der Vorstand des genannten Verbandes gibt zu, daß der Kassierer Reinte das ganze Verbandsvermögen, das allerdings nicht 30 000 M., sondern nur 23 496,89 M. betragen, unterschlagen habe. Es ist natürlich ein harter Schlag für eine Körperschaft, plötzlich so ganz aufs Trockene gesetzt zu werden, und man kann eine gewisse Bestürzung im ersten Augenblick begreifen. Aber der Verbandsvorstand gibt auch zu, zwei seiner Mitglieder zu den größeren Zigarettenfabriken geschickt zu haben, um dort für den Verband um Ersatz des unterschlagenen Geldes zu bitten. Die Herren haben auch Erfolg gehabt, indem bis zu 5000 M. von einzelnen Fabrikanten gegeben wurden. Wir haben vor dem Gebahren des Hamburger Ladeninhaberverbandes und seiner Leiter gewiß noch keinen großen Respekt gehabt, aber das hätten wir doch nicht geglaubt. Freilich hat der Vorstand sich nachher ja wohl doch ein wenig geniert und hat das Fabrikantengeld nicht direkt angenommen, sondern es ist der Form nach über den Namen Reinte in die Kasse des Zigarettenhändlerverbandes geflossen. Demnach hätte Herr Reinte jetzt durch die Güte der Zigarettenfabrikanten seine Schulden bezahlt; und der Zigarettenhändlerverband hätte durch dieselbe Güte sein Geld getrieft. Die Zigarettenfabrikanten hätten ein interessantes Geheimnis sehr teuer bezahlt; doch muß ihnen die Geschichte wohl des Preises wert gewesen sein. Die „Tabakbörse“ ist allerdings dazwischen geplagt. Wie die in dem genannten Verband vereinigten Ladeninhaber ihre Interessenvertretung von ihrer Leitung wahrgenommen haben wollen, ist natürlich ihre Sache; aber von unserm Standpunkt hat man sich gegenüber den Fabrikanten, gegen die man doch auch Rechte der Ladeninhaber zu vertreten vorgibt, ganz gewöhnlich prostituiert.

Von der schwarzen Tabakarbeiter-Zeitung. Die schwarze Tabakarbeiter-Zeitung simuliert in ihrer Nr. 3 einen Nervenschlag. Hysterisch ist sie ja, aber diesmal glauben wir nicht an die Echtheit ihres Gebahrens. Das Gedicht in der Unterhaltungsbeilage der Nr. 51 des Tabakarbeiter vom vorigen Jahre soll es ihr angetan haben; sie hat sich erst jetzt wieder erholt, wie sie schreibt. Das Gedicht hat nach der Tante Christin die Religion verhöhnt, dabei ist in demselben nichts weiter gesagt, als was selbst liberale Geister schon oft ausgesprochen haben. Was in ein Kloster, fromme Christin, du taugst nicht für das Leben! Oder besser, du gehst in ein Krankenhaus.

Auf das Konto dieser Hysterie buchen müssen wir auch das alberne Bemühen, uns und unsern Verband als mit den Fabrikanten unter einer Decke spielend zu verdächtigen. Weil unser Verband die verpöbteste Haupt- und Staatsaktion der Christen in Unterbaden nicht mitgemacht und der ganzen Christenherrlichkeit kein Ansehen gegeben hat, wird ihm nun nachgefagt, er sei mit den Fabrikanten so quasi verbrüderet. Etwas dagegen zu sagen, kann uns natürlich nicht einfallen. Die Christin hat in ihrer krankhaften Keigung auch hier wieder den Einfall, andere mit dem Konto ihrer Sünden zu belasten, um sich gleichzeitig einen guten Anstrich zu geben. Sie zeigt sich gern einmal im Löwenpelz, und die Mitglieder des Christenverbandes nehmen meistens das edle Gebrüll für bare Löwenkraft. Allgemein lacht man darüber, oder bedauert solch krankhafte Veranlagung.

Und was nun die vergebliche Liebesmüh anbetrifft, die wir aufwenden als Anlaß des Kölner Prozesses, um unsern „gründlichen Vereinfach“ wegzuwaschen, so wollen wir nur erklären, daß wir gerade in diesem Falle unendlich froh sind, nicht zu den sogenannten Siegern zu gehören. Was möchten wohl die Christen darum geben, wenn sie den römisch-berlinischen Wurm, der an ihrem Herzen nagt, los wären. Vielleicht möchten sie in zehn Enzyklopaedien gern so besiegt sein, wie wir es angeblickt sind. Es wird sich schon zeigen, verehrte Christin! Wir beide leben ja hoffentlich noch ein paar Jahrzehnte.

Bewegungen im Beruf.

Raschhausen (S.-A.) Die Bewegung bei der Firma Paul Sleitsmann Söhne endete damit, daß die Firma den Lohn bei 9 Sorten um 30 bis 60 S pro Mille erhöhte. Der Minimallohn beträgt auch in diesem Betriebe 9 M pro Mille, bei Lieferung mit der Rippe aufgesetzter Decke, gefuchtem Umblatt und fertiger Einlage. Die wöchentliche Arbeitszeit beträgt 54 Stunden.

Berichte.

Dresden. Am 17. Januar fand eine Mitgliederversammlung der Sektion der Sortierer und Ristenmacher mit folgender Tagesordnung statt: 1. Berichte des Sektionsleiters und des Kassierers; 2. Neuwahl der Sektionsleitung, der Revisoren, der Kartelldelegierten und der Arbeitsnachweisrevisoren; 3. Sektionsangelegenheiten. Kollege Nobis bedauert eingangs seiner Ausführungen den mangelhaften Besuch dieser doch so wichtigen Versammlung. Es entspinnt sich noch eine Debatte über den Vorschlag von Herrhard, das Verlesen des letzten Protokolls für die Zukunft wegzulassen und dafür die Berichte aus dem Tabak-Arbeiter einzubringen als Ersatz, da doch die Berichte immer den Inhalt und Gang der Versammlung den Mitgliedern zur Kenntnis gebracht hätten. Es entspinnt sich hierüber eine Debatte und wünscht man allerdings eine Beibehaltung des alten Gebrauchs. Demgemäß wird auch beschlossen. Aus dem Bericht des Kollegen Nobis sei noch hervorgehoben die Konstatierung einer ziemlich umfangreichen Arbeit und Korrespondenz, wie sie aus der Zentralarbeitsnachweis für Sachien gedruckt hat. Auch auf die Angelegenheit des Kollegen Swalz bei Fabrikant Gläber kommt er zu sprechen und schildert er den ganzen Sachverhalt. An Mitgliedern sind in der Sektion zu verzeichnen 111 männliche und 38 weibliche. 11 Mitglieder sind wegen Vertragsrest gestrichelt worden. Im Arbeitsnachweis bleiben am Orte 5 Sortierer und 1 Ristenmacher stehen, im Zentralarbeitsnachweis 27 Mitglieder. In der Debatte über den Bericht werden zunächst die Namen der Gestrichlenen verlangt. Nobis laun

zur einige nennen, die er momentan im Kopfe hat. Auch betreffs der Angelegenheit bei Gläser ist man nicht damit einverstanden, daß ihm wieder ein Sortierer zugewiesen worden sei. Man wünscht für die Zukunft, daß wir keine Beziehungen wieder anknüpfen. Von Nobis wird darauf hingewiesen, daß es doch der Leitung darum zu tun gewesen sei, die Kollegen bei L. & J. zu entlasten, auch sei Gl. selbst an uns herantreten. Kollege Fessel gibt hierauf den Bescheid über die Lokalfasse. Der Langabend hat einen Ueber- schuß von 23,25 M gebracht. Die Unterstützungsliste hat eine Ein- nahme von 295,25 M ergeben, dem im verfloßenen Quartal keine Ausgaben gegenüberstehen. Kollege Scholz stellt als Revisor den Antrag auf Entlastung, derselbe wird einstimmig angenommen. Bei Punkt Neuwahl der Sektionsleitung lauten sämtliche Stim- men für Nobis. Derselbe nimmt mit Dank an, wünscht aber in Zukunft, daß die Kollegen mehr ihre Pflicht in bezug auf Ver- sammlungsbesuch erfüllen möchten. Zum Kassierer wird Fessel, zum Schriftführer Herrhard gewählt. Zu Revisoren werden wieder die Kollegen Butter und Scholz gewählt. Als Kar- telbelegierter fungiert wiederum Kollege Nicolai, während Kollege Preißler zum Arbeitsnachweis-Kontrollleur gewählt wird. Bei Punkt Sektionsangelegenheiten kommt Nicolai auf den eingerissenen schlechten Besuch der Versammlungen nochmals zu sprechen und schlägt zur Abhilfe dieser Kalamität die Einführung einer Strafe von vielleicht 30 J vor für jene, die wegen Unpünktlich- keit der Versammlung fernbleiben und sich nicht genügend entschuldig- ten. Von verschiedenen Rednern wird auf die Undurchführbar- keit einer solchen Maßregel hingewiesen. Im weiteren wird noch von der Sektionsleitung darauf hingewiesen, daß es nur durch inten- sive Bearbeitung der Kollegen gelingen kann, dieselben zur Er- füllung ihrer Pflichten in puncto Versammlung anzuhalten. Fessel gibt noch eine Aufstellung über die erhaltenen Gelder an Markenprojekten und die hiervon bestreitenden Ausgaben. Nicolai stellt den Antrag auf Uebernahme der Entschädigung für den Sektionsleiter als Arbeitsnachweisleiter auf die Lokalfasse. Der Antrag wird einstimmig angenommen. Kollege Scholz stellt noch einen Antrag, dem Fabrikassistenten bei Ablieferung der Gel- der in der Sitzung eine Entschädigung im Betrage von 75 J zu ge- währen. Derselbe wird angenommen. Um den Mitgliedern Ge- legenheit zu geben, sich in der Feindeszeit auch einige Stunden vergnügt zu machen, beschließt die Versammlung noch, am 7. März im „Deutschen Haus“ einen Langabend mit Koffillen abzuhalten.

Dresden. Sektionsversammlung der Zigarrenbranche vom 19. Januar. Tagesordnung: 1. Bericht der Sektionsleitung; 2. Neuwahl der Sektionsleitung; 3. Branchenangelegenheiten. **Wrolan** gibt bekannt, daß es ein beschränkter Bericht ist, da unter den enorm schlechten Verhältnissen nicht viel zu unternehmen war; nur eine Kürzung der bestehenden Tarife unserer Klein- fabrikanten mußte vorgenommen werden. Darüber berichtet Kol- lege Domeser weiteres. Eine Reorganisation der bestehenden Tarife mußte vorgenommen werden, weil sich verschiedene Mängel darin befanden; auch sollte der Grundlohn etwas erhöht und die Sortierer in das Tarifverhältnis mit eingereiht werden. Leider waren die Kleinfirmen nicht zu bewegen, eine Grundlohn- erhöhung zu bewilligen, da sie unter der gegenwärtigen Konjunktur dazu außerstande wären, wie sie sagten, und da außerdem die G. E. G. ihr Konkurrent sei. Nachstehende Firmen haben den Tarif anerkannt: H. Wiltner, G. Fiedler, H. Fröhle, G. Leber, E. Paul, A. Schaal, A. Zischke, A. Schulte, A. Weber und später Donath & Jasper. Es beträgt die Lohnerhöhung: 19 Sorten von 20 J bis zu 2 M für Rollen und 29 Sorten von 10 bis 50 J für Widelmader. Kollege Höppler meint, daß die Widelmlöhne in keinem Verhältnis zum Rollenlohn ständen und müßte mehr darauf hingewirkt werden, daß selbige 40 Prozent des Gesamtlohnes aus- machen. Dabei sei zu beachten, daß dann die Rollen auch ein besseres Widelmaterial hätten, auch würde die Widelmacherei etwas aufhöhen. Bei Punkt 2 werden gewählt Paul Halfter als 1. Herrmann Sturm als 2. Vorsitzender, Arthur Schneider als Schriftführer. Bei Punkt 3 unterbreitet Kollege Halfter einen Antrag, die Arbeiterausschüsse für ihre Tätigkeit zu entschä- digen. Die Meinungen gingen aber auseinander. Kollege Kurz meinte, es sollte ein Ehrenamt sein. Gewiß gibt es Gründe hin und wieder, aber malen wir die Sache nicht so schwarz und lassen uns nicht vom kleinsten Standpunkt leiten, denn es sei längst be- wiesen, daß es begabte Kollegen gibt, dies Amt auszufüllen; aber sie lehnen es ab mit dem Motiv: Ich habe gemacht, mögens andere machen. Fragt man aber nach dem eigentlichen Grund, dann sind es immer die Finanzen, welche eine Rolle spielen, einmal haben sie Arbeitseinkünfte, denn die Verhandlungen dauern meistens lange; auch Aufregung vor und nach der Verhandlung sind von Einfluß. Und dann sind die nötigen Sitzungen zu besuchen, um richtig in- formiert zu sein, und das könne kein Familienvater, wenn ihm jeder Groschen gezählt ist. Deshalb sei schon jetzt darauf hinge- wiesen, daß in der nächsten Sektionsversammlung dieser Antrag als erster Punkt auf der Tagesordnung steht. Und möchten die Mit- glieder etwas mehr Interesse zeigen als bis dato; es ist bedauerlich für die Tabakarbeiter am Orte, wegen 40 bis 50 Mitglieder da sein. **Wachtel** mal richtig auf! Kollege Domeser gibt noch einen Ueberblick über den Arbeitsnachweis und sollen sich die Kollegen besser darum kümmern; ebenso sind die Bestimmungen korrekter einzuhalten. Die Nachlässigkeit führe zu manchen Unannehmlich- keiten für den Arbeitssuchenden selbst, als auch für den Nachweis- führer.

Sodenheim. Unsere diesjährige Generalversammlung fand am 17. Januar mit folgender Tagesordnung statt: 1. Abrechnung vom 4. Quartal, Geschäftsbericht 1913; 2. Kartellbericht; 3. Neu- wahl der Ortsverwaltung, der Kartelldelegierten, Kalkulationskommission und Bildungsausschusses; 4. Beschlüsse. Die Abrechnung vom 4. Quartal gab Kollege Meyer bekannt. Die Einnahme be- trug 3329,16 M, die Ausgabe 3096,74 M; 2000 M hiervon wurden an den Vorstand gefandt. Der Kassenbestand beträgt 442,72

M. Die Einnahmen der Lokalfasse betragen 2387,00 M, die Ausgaben 147,82 M. Bleibt ein Kassenbestand von 2040,54 M. Hiervon sind 1728 M auf der Sparkasse des Konsumvereins Mann- heim angelegt. Der Mitgliedsbestand betrug am Schluß des Quartals 537, davon weibliche 831. Ferner gibt Kollege Meyer, g e r, da Kollege Koch wegen Erkrankung nicht dazu in der Lage ist, einen ausführlichen Jahresbericht. Er kommt zunächst auf die gesamten Einnahmen und Ausgaben zu sprechen. Am Einnahmen gingen ein für Aufnahmegebühren für 116 Mitglieder 58 M, an Beiträgen 18 625,48 M, an Extrabeiträgen 18 50 M, zurückgezahlte Gelder von 6 Mitgliedern 55,75 M. An Ausgaben sind zu ver- zeichnen für Lohnbewegungen 194,40 M, an Arbeitslosenunter- stützung an 82 Mitglieder 3382,95 M, an Umzugsunter- stützung an 8 Mitglieder 100,80 M, an Sterbegeld für 2 Mitglie- der 42,50 M. An den Vorstand wurden 8100 M gefandt. Die Gesamteinnahme und Ausgabe der Lokalfasse bilanziert mit 14 327,23 M. Der Mitgliedsbestand betrug am Schluß des Jahres 1912 508, am Schluß des Jahres 1913 537. Die Einnahme der Lokalfasse stellt sich folgendermaßen zusammen: 27 448 Beiträge a 5 J 1372,40 M; aus der Verbandskasse 4 und 8 J pro Ver- kaufte Marke 1234,20 M, Ausgaben für Kartellbeiträge 123,10 M; an Verwaltungskosten 845,44 M, sowie kleine Ausgaben. Auf der Sparkasse des Konsumvereins Mannheim angelegt 2000 M. Die Gesamteinnahme und Ausgabe der Lokalfasse bilanziert für das Jahr 1913 mit 6251,11 M. Es wurden 10 Mitgliedsversamm- lungen abgehalten, davon eine außerordentliche. Ferner fanden 2 Bezirkskonferenzen und Kommissionssitzungen statt, die sich mit der Frage des Ortsbeamten beschäftigten. Vorstandssitzungen und Sitzungen unter Hinzuziehung anderer Körperchaften fanden meh- rere statt. Zum Verbandstag wurde ein Delegierter entsandt, zur Autonomen in Mannheim zwei Delegierte. Weiter kommt der Redner auf die Verhältnisse am Ort zu sprechen. Bei der Agitation wurde nicht das gewünschte Resultat erzielt. Dieses liegt zum größ- ten Teil an dem schlechten Geschäftsgang der G. E. G. Wenn auch viel über die G. E. G. geschimpft wurde und zugegeben werden mußte, daß dieses anders sein könnte, so sei nicht von der Hand zu weisen, daß die Löhne auf der G. E. G. im ganzen Bezirk die besten sind. Und somit haben die Gegner nicht die geringste Ursache über die Verhältnisse zu schimpfen. Bei der Lohnbewegung in diesem Jahre wurde mit der G. E. G. wieder ein Tarif abgeschlossen und für die Zigarrenmacher der Lohn um 50 J pro Wille erhöht, gegenüber dem alten Tarif. Auch für die Sortierer wurde ein Lohnzuschlag gewährt. Dieses sollte zwar durch die Unterbeamten illusorisch gemacht werden, was ihnen jedoch mißlungen ist, und der am 1. Mai abgeschlossene Tarif wird doch jetzt eingehalten. Der Ver- band habe auch in dieser Beziehung sein Bestes getan. Bei der Agitation noch auswärts seien auch alle Kräfte aufgewendet wor- den, was anzuerkennen sei. Aber auch hier sei nicht das gewünschte Ziel erreicht worden. Es wurden wohl Aufnahmen gemacht, aber viele weigerten sich bei Ueberbringung der Mitgliedsbücher, die Beiträge weiter zu entrichten. Hieran sind größtenteils die Unter- nehmer und ihre Meister schuld, indem sie den Kollegen Schilke und Wehwerden machen, sobald sie merken, daß die Organisation fest zu fassen will. Die Sodenheimer Zahlstelle war der Meinung, durch einen Lokalbeamten in dieser Beziehung besseres er- zeichen zu können. Da zu der Abrechnung niemand das Wort wünscht, wird dem Kassierer einstimmig Entlastung erteilt. In der Diskussion erwidert Kollege Streicher, daß sich die Tarif- angelegenheit mit der G. E. G. nicht so glatt erledigt habe, als wie der Redner anführte. Den Kartellbericht geben die Kollegen Kitzler und Dörmann. Kitzler berichtet speziell über die Bibliothek. Dörmann berichtet über den Ausgang der Orts- krankentafelwahlen. Die freien Gewerkschaften erhielten 18 Sitze und die christliche Milchmischliste 22. Es wurde dann noch allge- mein beleuchtet, wie raffiniert die Christlichen am Wahltag vor- gingen. Sie nahmen unseren Wählern den Stimmzettel aus der Hand um ihnen den ibrigen mit den sogenannten Arbeitervertretern aufzuhängen, was ihnen jedoch meistens mißlang. Ueber den Bericht entspann sich eine Debatte, an der sich mehrere Kollegen beteiligten. Aus derselben ist zu entnehmen, daß die Kollegen mit dem Ergebnis der Wahl zufrieden sind. Der dritte Punkt der Tagesordnung war rasch erledigt. Die Gesamtverwaltung wurde wiedergewählt: als 1. Bevollmächtigter Kollege Koch, als 2. Meyer, als 3. Rederer. Als Revisoren wurden die Kollegen Felneis und Reichelt wiedergewählt. Als Kartellbelegierte wurden ebenfalls die Kollegen Meyer, Felneis, Dör- mann, Kitzler und Kern wiedergewählt. In die Agitationskommission wurden die Kollegen Fuhnis, Herold, Meyer, Daus und Helm gewählt. In den Bildungsausschuss wurde der Kollege Lange, nachdem er seinen Jahresbericht er- stattet hatte, wiedergewählt. Im Punkt Verschiedenes wurde be- antragt, den Vorstand zu ersuchen, den Kollegen Kist auf dem Verbands auszuscheiden, da derselbe bei der Ortskrankentafelwahl auf der gegnerischen Seite fungierte. Es wurden dann noch weitere interne Angelegenheiten der Zahlstelle verhandelt. Anwesend waren 34 männliche und 3 weibliche Mitglieder. Also 37 ganze Mitglie- der waren in der Generalversammlung anwesend in einer Zahl- stelle von 537 Mitgliedern. Kollegen und Kolleginnen! Es wird jedem einzelnen einleuchten, daß das für unsere Zahlstelle tief be- schämend ist. Soll und kann dies so weiter gehen? So muß sich doch jeder fragen! Oder hat keiner mehr Interesse an der Or- ganisation? Es tritt hier auch wieder trotz zutage, welche große Schlammigkeit noch unter den Tabakarbeitern herrscht. Ein großer Teil unserer Kollegen scheint auch nicht mehr das geringste Interesse zu haben an ihrer eigenen Existenz, sonst würden sie sich doch zum mindesten einmal im Jahre in der Generalversammlung sehen lassen. Es ist dies noch um so beschämender, als auch von dieser Trägheit Kollegen befallen sind, von denen man es nicht er- warten sollte, da sie doch vorher, ehe sie auf der G. E. G. Beschäf-

tigung fanden, mit in den Reihen der Kämpfer standen. Jetzt lä- sionen der Mut vergangen, oder haben sie ihr Ziel erreicht, das sie sich gesteckt hatten? Kolleginnen und Kollegen! Es darf und kann nicht so weitergehen! Gerade, da wir hier am Ort, wie auch im ganzen Bezirk, noch einer so großen indifferenten Masse gegenüber- stehen, müssen wir jeden Tag und jede Stunde ausnützen, um in diese Masse Aufklärung hineinzubringen; und auch vor allen Dingen selbst erst Interesse an der Sache zeigen. Kolleginnen und Kollegen! Zeigt, daß ihr Interesse eben an unserer Sache und heißt mit bei der Arbeit, die uns in dem eben angefangenen Jahre bevor- steht! Auf zum Kampf um bessere Existenz für uns Tabakarbeiter!

Magdeburg. Versammlung vom 10. Januar. Tagesordnung: 1. Jahresbericht, Referent Kollege Lüdige; 2. Kassenbericht vom 4. Quartal 1913, Berichtshatter Kollege Poritz; 3. Wahl, a) der Bevollmächtigten, b) der Revisoren, c) der Kartellbelegter, d) der Unterassessor; 4. Verbandsangelegenheiten; 5. Verschiedenes; 6. Lichtbildervortrag und Durchwanderung einer Lebensmittelabrik. Zunächst gab der Vorsitzende einen Rückblick auf das vergangene Jahr und erörterte er den Geschäftsgang in unserer Branche. Er führte aus: Wenn wir auch noch lange nicht über die Krise in unserer Branche hinaus wären, so könnte doch am Orte von einem direkten Arbeitsmangel nicht geredet werden. Es sei wohl zu An- fang, wie vor Schluß des Jahres in zwei Betrieben die Arbeitszeit auf kurze Dauer eingeschränkt worden, jedoch ohne Entlassungen von Arbeitern. Da in zwei kleineren Betrieben unter dem fest- gesetzten Tarif für eine Sorte Zigarren gearbeitet werden sollte, so hat sich für den hier amwesenden Gauleiter, Kollegen Dörax, die Gelegenheit, Einspruch zu erheben, der auch Erfolg hatte. Auch sei der Mitgliedsbestand, der zu Anfang des Jahres 1913 betrug, am Schluß des Jahres auf 170 gestiegen. Mit einem kräftigen Auf- ruf an die Mitglieder, sich in diesem Jahre nicht den stattfindenden Versammlungen zu zuwenden, schloß der Vorsitzende seinen Bericht. Dann gab der Kassierer den Kassenbericht für das 4. Quartal: Die Hauptkasse habe eine Einnahme von 1582,73 M und eine Ausgabe von 1219,87 M. Mithin verblieb ein Kassenbestand von 362,86 M. Die Lokalfasse hatte eine Einnahme von 453,05 M und eine Aus- gabe von 176,77 M. Es verblieb demnach ein Kassenbestand von 281,28 M. Der Revisor Eduard Haackel führte aus, daß er die Belege nachgeprüft und mit dem baren Gelde für richtig befunden habe. Im Laufe des Jahres wurden u. a. ausgeben: für Ar- beitslosenunterstützung 1409,70 M = 82,43 Prozent, für Kranken- und Wöchnerinnenunterstützung 831,40 M = 52,55 Prozent, für Umzugs- und Fahrgeldunterstützung 241,25 M = 15,55 Prozent, Ueberweisung an die Lokalfasse 339,50 M = 21,47 Prozent, an den Vorstand gefandt 1100 M = 69,57 Prozent. Die bisherigen Be- vollmächtigten und Revisoren wurden wiedergewählt, als Unter- leiter wurde Grausalki gewählt. Auch der Kartellbelegte sowie der Stellvertreter blieben im Amte. Zu Verbandsangelegen- heiten lag folgender Antrag der Ortsverwaltung vor: „Die Ver- sammlung wolle beschließen, daß der von dem 2. Bevollmächtigten, Kollegen Poritz, aus eigenem Ermessen aus der Lokalfasse ent- nommene Betrag von 20 M, die er an den in Not geratenen Kol- legen Otto Berlin geliehen hat, unter nachstehender Begründung von dem der Lokalfasse übernommen werde: Vor längerer Zeit hatte der Kollege Berlin aus eigenem Ermessen auf wiederholte Anfragen des Kollegen Otto Berlin, der sich mit seinen acht, zum größten Teil noch unmündigen Kindern in größter Notlage befand, 20 M aus der Lokalfasse entnommen und ihm geliehen. Der vor- genannte Kollege hat natürlich das in ihm gesetzte Vertrauen in schäblicher Weise mißbraucht, trotzdem, daß er von dem Kassierer Poritz scharf angegangen wurde, den Betrag in kleinen Raten an die Lokalfasse wieder zurückzugeben, so wußte er aber immer wieder Gründe vorzuschieben, die dem Kollegen Poritz glaubhaft erschienen. Seit einigen Wochen hat Berlin Magdeburg mit seiner Familie verlassen und ist nach seiner Heimat gezogen und, wie wir er- fahren, in einem anderen Berufe als Arbeiter tätig. Es ist demnach nichts mehr von ihm zu bekommen. Scharfe Kritik mußte der Kollege Poritz wegen seiner Gutmütigkeit über sich ergehen lassen; trotzdem er die Versammlung die Versicherung gab, daß er in gutem Glauben gehandelt habe, daß der Kollege Berlin es ehrlich meine. Ein Antrag mit folgendem Inhalt war von dem Kollegen Berlin eingebracht: Die Versammlung wolle beschließen, der ge- samten Verwaltung das Recht einzuräumen, an die in Not ge- ratenen Mitglieder eine einmalige Unterstützung bis zu 10 M zu gewähren. Auch dieser Antrag wurde scharf angegriffen. Nach beendeter Diskussion kamen beide Anträge zur Abstimmung. An- trag 1: Uebernahme der 20 M auf die Lokalfasse, wurde mit 21 gegen 12 Stimmen angenommen, der Antrag Reine wurde mit demselben Stimmenverhältnis angenommen. Bei den Abstimmun- gen hatten sich verschiedene Kollegen und Kolleginnen der Stimme enthalten. Unter „Verschiedenes“ stellte Kollege Gantner den An- trag, der „Vollstimme“ die vierletzten Inserate aus Spar- samkeitsgründen zu entziehen. Dieser Antrag wurde vor der Ab- stimmung vom Antragsteller zurückgezogen. Punkt 4: Lichtbild- vortrag und Durchwanderung einer Lebensmittelabrik. Es wurden uns durch Wort und Bild all die Wunder der Natur, die den Bodensee umgeben, vor Augen geführt; denn seine Ufer gehören zu den schönsten Gegenden Deutschlands und der Schweiz. Auf den Ruinen des „hohen Thiel“ dichtete Viktor Schöffel seinen „Otte- hard“. Es würde zu weit führen, wollte ich alle die Schönbildlich- keiten in Worte umsetzen, die uns vor Augen geführt wurden. Nur so viel noch, daß die nachher im Vorbe gegangenen Präparate nach Beendigung des Vortrages fertig zubereitet herumgereicht wurden. Daß diese Szene die schönste war, ist als selbstverständlich anzuerk- anden.

Briefkasten.

Einige Berichte mußten für die nächste Nummer zurückgestellt werden.

H. Edling Hermeking & Boy
 = Berlin, Brunnenstrasse 183 =
 Versuchen Sie im eigenen Interesse unsere ganz vorzüglichen
Sumatra - Vollblatt - Decken
 in den Preislagen von 230 bis 700 Pfg. pro Pfund verzollt,
 wenn Sie uns genaue Wünsche angeben, erhalten Sie einzelne ge-
 leuchtete Typen gratis zugesandt.
 Wir unterhalten auch grosses Lager in allen Arten
Umblatt- u. Einlage-Tabaken
 und bitten, bei Bedarf unsere Offerten einzufordern.
Gebrauchte Wickelformen und
Utenallen stets am Lager.
Besonders billige Offerte!
 Java-Umblatt: Ajo Cc 1, leichter feiner
 Bezockl..... pro Pfd. M. 130
 Vorstenlanden-Decke: Djwo, C 2, schöner
 ergiebiger Kehrrollen..... pro Pfd. M. 150
 Java-Einlage: Sairen/B, feiner Qualitäts-
 tabak, Ersatz für feinsten St. Felix..... pro Pfd. M. 1-
 Sumatra-Sandblatt: TTR Langkat/V 2,
 maugraun, allerfeinste Farben..... pro Pfd. M. 10-
Wägener & Go. • Bremen.

Rohtabakgeschäft Otto Brandes
 BREMEN, Westerstrasse 08
 Billige Bezugsquelle für sämtliche Tr.bake zur Zi-
 garrenfabrikation. Ein Versuch führt zu dauernder
 Kundenschaft. Versand nur per Nachnahme.
 Wenn nicht 85 in Milchlaune
 la, v. Nachn. 618 haltb. defik.
 retour! 100 M. 3.35 fr. Sans
 Elm. u. Rollmops 3/4 M. fr. G. Happ, Ottenen-Gamburg 118.
 Klise u. Bücklinge, 45 Heringe, Kaudlachs, znsom. 3.45 M. fr.
 Offeriere div. hundert Zentner
gemischte fertige Zigarreneinlage
 pro Pfund 85 J. bei Abnahme von 100 Pfund 90.- M. Franco
 Zustellung. hochfeine Mischung zu 5 J. Zigarren. Ill. Preisliste gratis
 und franco. Versand nur unter Nachnahme. [18]
Bernhard R. Müller, Magdeburg, Fürstenwallstr. 9.
 Helleres Rohtabak-Vertriebsgeschäft der Provinz. — Geogr. 1886.
 aller Art liefert schnell und billig
Druckmaschinen Schmalfeldt & Co., Bremen.

Carl Roland, Berlin SO.
 Rottbuserstrasse 4. [5]
 Java-Deckblatt (Spada), Blüten-
 weißer Brand, Vollblatt, äußerst
 beschäbig, pro Pfund nur M. 2.70.
 Domingo, alte, blattige, trodene
 Ware, pro Pfund nur M. 1.20.
Rohtabak-Handlung
Hengfoss & Maak
 Altona-Ottensen
 Filiale Berlin N.,
 Brunnenstr. 25. [25]
Jacob Hirsch jr.
 Mannheim B 1, 9. [10]
 Alle Sorten in- u. ausländi-
 scher Tabake zu billigsten
 Tagespreisen, inkl. Zoll- u. Wert-
 steuer. Post-Versand per Nach-
 nahme. Ziel nach Uebereinkunft.
 bei Aufgabe von Ia. Referenzun-
 Versand nur gegen Nachnahme

So war einmal während meines Ausenthaltes in Yokohama eine große aufgeregte Versammlung vor dem Laden eines Japans — Gemütskranke.

Er selbst war unsichtbar, doch seine Frau, mit goldenen Brillen, in schönem, feinem Kimono, bediente mit ihrer Tochter, die gleichfalls sehr reich angezogen war, die Kunden. Draußen vor dem Häuschen standen in endlosem Wortschwall Frauen.

„Ja, gestern — meine Schwester hat sie gesehen —“
„Ja — eine Geisha — sehr schön —“
„Schön — aber nicht sehr berühmt —“
„Natürlich, sonst wäre sie nicht mit einem Prophanen zufrieden.“

„In dem letzten Haus, das erst vor kurzem fertig —“
„Dahin ist das Haus.“
„Ohne Zweifel.“
„Alle hatten gedacht, es sei eine Ueberrumpfung für seine Frau —“

„Ja, eine Ueberrumpfung — ! —“
„Aber keine Freude.“
„Geht nur die Frau an, wie ruhig sie es trägt —“
„Als sei nichts geschehen, lächelt sie und spricht freundlich mit ihren Kunden —“

„Und dabei weiß sie, daß ihr Mann —“
„So! Laß ihn doch, er hat ja Geld genug, der kann sich sein eine Geisha in einem kleinen Hause halten.“

Da sagte meine kleine Anmah, ein nettes Ding vom Lande, mit ganz leiser Stimme zu mir — als hätte sie sich ihrer Landstute, so schüchtern klang: „Aber Ohsama (Perrin) — sicherlich — mein Mann täte so etwas nie — das ist nur so — bei manchem — manchmal.“

Sich nicht ihr begütigend zu und dachte dabei an ihren Mann, der schon die ganze Zeit über, da sie bei mir oben auf dem Berge im Dienst ist, allein in der Stadt wohnt und sie mit rührender Kreuze jeden Abend nach Dunkelwerden besucht.

Da traf mich ein Bild — ein lauernder, forschendes — aus den Augen ihres Mannes, der an meiner anderen Seite gestanden und die flüsternden Worte seiner Frau wohl verstanden — und wie ein Blitz durchfuhr mich das Ob Meer, Berge, Wälder, Steppen und Wästen durchkreuzt sind — allüberall ist das gleiche zu finden — keine zarte, feine Lügen — um bei großen Lügen ungehindert zu sein —

Und bei den ätternen Lichtern vor dem Häuschen des Japans sah ich meine kleine Anmah, wie sie in vielerlei nicht mehr allzuerner Zeit mit dem gleichen hergebrechenden Lächeln, das auf den Lippen der Frau des Gemütskranke lag, und das sie so lächelnd über zu Stein machen soll, ihren Pflichten nachzugehen wird — weil sie erfahren, daß ihr Mann doch dessen, was sie ihn heut noch nicht für süßig hält, süßig ist.

Und ich sehe, wie der Lotesschmerz einzutreten wird in dieses rührende, einfältige Herz — wie er eingezogen in so unendlich viele andere Herzen — um einer Geisha willen.

Wald darauf war die Sache vergessen.

Die Leute hatten sich daran gewöhnt, daß der Prophan aus dem Erleben unten in Yokohama in seinem entzückenden kleinen Häuschen in Regisri zwischen Japaner

Näherin im Erker.

Näherin im Erker,
Flich aus deinem Kerker,
Flich mit mir im Sonnenschein
In den grünen Wald hinein.

Schwüle zum Ersticken!
Dähen, plätten, Nicken!
Wachsbleich wird dein jung Gesicht,
Nebeltrüb dein Augenlicht.

Ohne alle Freude
So von Kleid zu Kleide,
Ohne Lust und Festerkeit
Kastig Nacht an Nacht gereiht.

Mädchenraum und -Sehnen
Rinnt in heißen Tränen,
Rinnt auf Sammt und Seide dir,
Tröpfelt helle Perlenperle.

Näherin im Erker,
Flich aus deinem Kerker,
Flich mit mir im Sonnenschein
In den grünen Wald hinein.

„Dichter geh alleine,
Geh im Sonnenschein!
Näherin hat keine Zeit,
Nächt ein schneeweißes Hochzeitskleid . . .“

Karl Henckell.

Um eine Geisha.

Sapanische Novelle von Murra Luuas.
Seit der Wälder Zeit hat sich nichts gewandelt:
Nicht des Wassers Fluß, nicht der Liebe Quell
Vollständig.

Unter den vielen kleinen und großen Häuschen auf dem Motomachi in Yokohama gibt es manch eins, das ganz plötzlich in den Vordergrund tritt durch irgend ein Ereignis, das dann Lage hindurch die Umgebung beschäftigt. Abends — kleine, flackernde Papierlaternen in der Hand — zieht dann alles, was irgend in der Nähe wohnt, hinunter, Motomachi zu, um das aufregende Ereignis zu besprechen.

Vor dem in Frage kommenden Häuschen werden stundenlange Versammlungen abgehalten, während die Bewohner auf den Matten sitzen, je nach den Umständen bei geschlossener oder offener Schiebekür, und schwer irgendwem aus der stillbewegten Menge draußen zu erkennen vermögen — in der Finsternis der Nacht, die nur durch die schwarzen Herzen in den kleinen Handlaternen unterbrochen wird.

Ist dann einige Zeit darüber vergangen, so stift das Häuschen wieder in die gleiche Vergessenheit zurück wie vorher, und niemand spricht mehr davon als höchstens ein Erinnerungsbild — „Ach — ja — ja — da — vor einiger Zeit — hm — ja —“

* Wir bringen diese Novelle als Probe aus dem im internationalen Verlag „Weltenspiegel“, von Fr. Keiner in Kitchberg bei Büsch erscheinenden Gesangsband „Lianan“, von der bekannten Japan-Schriftstellerin Murra Luuas.

schon eine bedeutende Kunst dazu, das Unterseeboot nach einigen vorkommenden Stunden zu lenken, die fast ununterbrochen aus dem Abgrund bis zum Tage aufsteigen. Den ganzen Atlantischen Ozean aber durchläuft vom arktischen bis zum antarktischen Meer ein unterseeisches Gebirge, mit allerdings äußerst sanften Gehängen, so daß ein Wagen, der hier etwa auf dem Meeresboden fahren würde, überhaupt kaum eine Steigung merkte. Alles ist mit einem eigentümlichen Lehmmantel von weißgrauer Farbe bedeckt, der aus ungezählten Milliarden mikroskopischer Tiere gebildet wird, deren Kalkschalen in ununterbrochenem Regen zu Boden fallen. In jeder Sekunde sterben sie zu Millionen, und andere Millionen treten an ihre Stelle.

Der Meeresgrund ist hier also eine Lehmmasse, in der einzelne Wälen nur dadurch erscheinen, daß sich an manchen Stellen größere Tiere fest auf dem Boden angelagert haben, und nun von Krabben, Fischen und anderem schweben- und wasser umschwärmt werden. Die Wasserbewohner dringt bis zu diesen Tiefen nicht mehr, da sie des Lichts nicht völlig entbehren können. Die Tiere aber nehmen hier die seltsamsten Formen an. Die Krabben kriechen mit langen behaarten Beinen über den Boden hin, ohne in den garten Schallarm zu verfallen; die Fische mit oft schlangenartigen Leib tragen einen Kopfschild oder andere Hiertarten, die der kühne Einfall eines Summiere nicht erkennen müßte; die Riesenschwämme breiten ihre Ausläufer von Wälfen bis zu Wägen aus. Regen der Kälte und des hohen Salzgehalts der Wäler gibt es hier keine Vermehrung mehr wie an der Luft, sondern die Tierleichen gehen langsam in einen schlammigen Zustand über und bedecken den Bodenschlamm mit einer Gabelmasse, die von den glühenden Winterkältebenen aufgelöst wird. Die Eiskälte des Grundwassers nimmt hier nicht ab, sondern es bringt auch kaltes Wasser von den Polen herbei, als Ersatz für die warmen Ströme, die an der Oberfläche von den Tropen her in höhere Breiten fließen ergießen.

Endlich Land! Wir halten bei den Azoren inmitten des Ozeans, einem Baumert junger Mannischer Kräfte. Seitdem kann das Boot bis auf 6300 Meter hinabgehen, wobei selbst die Tierwelt aus Mangel an Nahrung sich kaum noch vertiert. Dagegen erinnern uns hier zahlreiche Krabben, die von den Azoren ausgehen, an Land und Weist des Menschen. Freilich werden sie gerade hier von irdischen Wesen beschädigt, nämlich durch vulkanische Lammäuhungen, die sie zerreißen oder verbrennen. Die Tiere freuen sich immer auf eine Begegnung mit einem Rabel, und müssen sich davon überzeugen, daß der Mensch diese Seite dort nur für sie hinlegt, um ihnen in der Tiefe des Meeresbodens einen Halt zur Aufhebung zu bieten.

Bei der Annäherung an Florida durchfährt das Boot in höheren Schichten das berühmte Sargasso Meer, wo sich unzählige Pflanzenstoffe sammeln und ebenso ungeschliffenen Tieren unüberwindliche Schwupswinkel darbieten. Die Tiergruppe der Vermuda flücht uns die Pracht der Korallenriffe vor, die sonst im Atlantischen Ozean spärlich sind.

In dem Artikel der Unterhaltungswelt, „Ein ehrenvoller Kämpfer und Wälder“, haben sich leider eine ganze Reihe Druckfehler eingeschlichen, die wir hiermit richtigstellen:

- 1. Seite 2, Spalte 2, Zeile 9 von unten, lies „herrschend“ statt „herrschend“.
- 2. Seite 2, Spalte 2, Zeile 2 von unten, lies „berren“ statt „berren“.
- 3. Seite 3, Spalte 1, Zeile 28 von unten, lies „Wälder“ statt „Wälder“.
- 4. Seite 3, Spalte 1, Zeile 13 von unten, lies „untersees“ statt „untersees“.
- 5. Seite 3, Spalte 2, Zeile 13 von unten, lies „untersees“ statt „untersees“.
- 6. Seite 3, Spalte 2, Zeile 4, Spalte 1, Zeile 12 von unten, lies „saubere“ statt „saubere“.
- 7. Seite 4, Spalte 1, Zeile 4, Spalte 2, Zeile 13 von unten, lies „saubere“ statt „saubere“.
- 8. Seite 4, Spalte 2, Zeile 13 von unten, lies „saubere“ statt „saubere“.
- 9. Seite 4, Spalte 2, Zeile 13 von unten, lies „saubere“ statt „saubere“.
- 10. Seite 4, Spalte 2, Zeile 8 von unten, lies „saubere“ statt „saubere“.

Der Wälder auf unserer Fahrt erfolgte aber ziemlich allmählich, denn die Bestände sind von einer Art untermeerischen Krattkürz umgeben. Die Geographen nennen diesen Sattel der Bestände den Sattel. Er reicht bis 2000 Meter und dann folgt ein jäher Abfall bis auf 1000 oder 1200 Meter. Der Atlantische Ozean wird von der halmähnlich wenigen Insel unterbrochen, und es gehört

oben mit braunem Seetang, weiter unten, wo die Strömungen nicht zu heftig sind, mit grünen Algen. Auf Untertiefen, die gelegentlich wohl einmal über das Wasser aufsteigen, wachsen die langen flebrigen Wälder der Laminarien, die 3 bis 4 Meter Länge erreichen. Wälder haben sich das Unterseeboot ganz an der Oberfläche gehalten, und nun erst geht es tiefer. Schon jenseits von fünf Metern scheint die ganze Umgebung wie in einen brennenden Nebel getaucht, und in 40 Meter Tiefe ist es fast Nacht geworden. Über mit diesen wenigen Worten ist die Fülle der Farben nicht gesehentlich, die von dem Sonnenlicht in den oberen Schichten des Meeres hervorgezaubert werden, vom tiefsten violett und Indigo das ganze Spektrum hindurch bis zu Orange und Rot. Das Rot verschwindet zuerst und fehlt bei 20 Metern schon vollkommen. Das Wasser erscheint dann blau, bei 150 Meter Tiefe sind auch die gelben Strahlen völlig ausgeblüht, während die violetten als die letzten sichtbaren Sonnenstrahlen bis zu 700 Meter Tiefe hinabreichen.

